

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

86 (2.10.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Erstausgabe: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1.80
einwöchlich, Tragen bei Postbezug DM 2.10 / Anzeigen nach Preisliste 3
Überwiegend eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2563 / Postbezugskonto: Freiburg i. Br. 4400
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Oberbadische Bank, Zweigstelle Lehr
Keine Ersatzanpr. bei Störung durch hdb. Gewalt / Telegramm: Neubaßen

NR. 86 / 8. JAHRG.

SAMSTAG, DEN 2. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Hundert Tage Blockade Berlins

US-Pilot: „Wir fliegen, weil wir Berlin helfen wollen“ — Hervorragende Leistungen der anglo-amerikanischen Luftverbände — Luftbrücke auch im Winter gesichert — Dankbare Anerkennung der Berliner Bevölkerung

Berlin. Zum hundertsten Tag der Blockade Berlins am Freitag und der durch sie notwendig gewordenen Luftversorgung der Stadt durch die amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte nahmen westalliierte Persönlichkeiten und Dienststellen sowie zahlreiche deutsche Politiker Stellung.

Der Vorsitzende der Berliner LDP, Karl Hubert Schwennicke, vertrat die Ansicht, bereits jetzt könne man eine sichtbare Niederlage des Kommunismus in Berlin feststellen. Dr. Walter Schreiber, Vorsitzender der CDU in Berlin, meinte, die Bevölkerung sei auch weiterhin entschlossen, für ihre Freiheit zu kämpfen und, wenn es sein müsse, Opfer auf sich zu nehmen. Der amtierende Berliner Oberbürgermeister, Dr. Ferdinand Friedensburg, sprach den amerikanischen Piloten Dank und Hochachtung der Berliner Bevölkerung für ihre Leistungen aus. Die Berliner seien glücklich, daß die Luftbrücke einstweilen die Existenz ihrer Stadt schütze. Kurt Mattick, zweiter SPD-Vorsitzender Berlins, erklärte, die vergebliche Blockade zeige die Unmöglichkeit einer kalten Eroberung Berlins.

Erklärung der Berliner

In einer gemeinsamen Erklärung der Berliner SPD, CDU und LDP, der Frauenbünde, der Notgemeinschaft 1947, der Jugendverbände, des Verbandes der Opfer der Nürnberger Gesetze und der freihetlichen Berliner Tageszeitungen wird aus Anlaß des 100. Tages der Blockade das Bekenntnis erneuert, das Berlin am 20. Oktober 1946 in freien Wahlen zu den Prinzipien der Demokratie abgelegt hat. Seit zwei Jahren der wichtigsten Rechte seiner Selbstverwaltung beraubt, seit über drei Monaten zu Wasser und zu Land von seinen natürlichen Verbindungen abgeschnitten, heißt es in der Erklärung, fordere die Stadt die Wiederherstellung ihrer Existenzgrundlage. Ihre Bewohner wollen frei von Furcht in allen vier Sektoren leben und frei von Grenzschranken mit allen vier Zonen die Früchte ihres Fleißes austauschen können. Der Weg zum friedlichen Aufbau, von dem sich Berlin durch keine Gewalt abbringen läßt, ist blockiert, solange drei Millionen das Menschenrecht entbehren müssen.

Amerikaner brachten in 50 000 Flügen über 325 000 to Versorgungsgüter nach Berlin

„Wir fliegen, weil wir Berlin helfen wollen“, sagte einer der Piloten der Luftbrücke, Capt. A. Cochini. Ein offizieller Sprecher der US-Militärregierung für Deutschland versicherte, daß Berlin auch im kommenden Winter ohne Einschränkungen versorgt werde. Der Leiter der Luftoperation, General Tunner, fügte hinzu, es bestehe kein

Zweifel darüber, daß die amerikanischen Piloten in der Lage sind, die Luftversorgung Berlins im kommenden und in jedem weiteren Winter durchzuführen. Nach Ausführungen des Sprechers haben die amerikanischen und britischen Versorgungsflugzeuge in 50 000 Flügen über 325 000 Tonnen Versorgungsgüter in die Westsektoren Berlins gebracht. Damit wurde eine Strecke zurückgelegt, die einer tausendmaligen Umkreisung des Erdballs oder 50 Flügen zum Mond entspricht.

Briten flogen 21 325 Einsätze und brachten 258 000 Tonnen

Die britische Kontrollkommission für Deutschland gab anläßlich des 100. Tages der Blockade Berlins eine Verlautbarung heraus, in der rückblickend die Leistungen der Luftbrücke gewürdigt werden. Dabei wird darauf hingewiesen, daß seit Bestehen der Luftbrücke 104 000 Tonnen Lebensmittel, 148 000 Kohle und rund 6000 Tonnen andere Versorgungsgüter in die Westsektoren der blockierten Stadt transportiert wurden.

Der Ausbau einer neuen 1 800 Meter langen Rollbahn des Flugplatzes Gatow, einer weiteren Anlaufbahn, die in etwa drei Wochen fertiggestellt sein wird, und neuer Entladungsfelder werden, wie in der Verlaut-

barung mitgeteilt wird, die Entladung von etwa 60 Flugzeugen stündlich ermöglichen. Die Luftbrücke hat der Mitteilung zufolge auch die Fortsetzung des Handels zwischen Berlin und den Westzonen gestattet. So seien mehr als 3 000 Tonnen Güter aus den Berliner Westsektoren im Werte von 42 Mill. DM nach Westdeutschland transportiert worden. Die Jeta habe seit Beginn der Luftbrücke Berliner Exportgüter im Werte von 484 000 Dollar ins Ausland vermittelt. Die Flugzeuge der RAF flogen bisher insgesamt 21 325 Einsätze und legten dabei über 7 Mill. Meilen zurück.

Flugplatz Tegel im Dezember fertig

Der französische Stadtkommandant Berlins, General Jean Ganeval, erklärte, die französische Beteiligung an der Luftbrücke sei deshalb nur gering, weil die französische Flugzeugindustrie noch heute unter den Nachwirkungen der deutschen Besatzung leide und darüber hinaus weitgehende Verpflichtungen in Uebersee habe. Zum Bau des neuen Flugplatzes in Tegel sagte der General, daß dabei eine gigantische Arbeit in einer Rekordzeit geleistet worden sei. Der Flugplatz könne bereits Anfang Dezember in Betrieb genommen werden.

Plenarsitzung in Berlin vorgeschlagen

Ausschüßsitzungen des Parlamentarischen Rates

Bonn. In Kreisen des Parlamentarischen Rates wurde am Donnerstagabend ein von jüngeren Abgeordneten kommender Vorschlag, eine Plenarsitzung in Berlin abzuhalten, teilweise sehr lebhaft diskutiert. Während der Berliner Stadtverordnetenversammlung Dr. Otto Suhr und Stadtrat Prof. Ernst Reuter diese Anregung sehr begrüßten, bringen zahlreiche Abgeordnete schwere Bedenken zum Ausdruck. Dabei wenden sie sich vor allem dagegen, daß schon jetzt eine Sitzung in Berlin abgehalten wird, weil nach ihrer Auffassung zuerst die Arbeit des Rates abgeschlossen werden muß und außerdem die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung der Sowjetzone zu groß erscheine. Zudem sei eine solche Aktion von der Stellungnahme der Besatzungsmacht abhängig. Allgemein begrüßten die Abgeordneten eine Vollversammlung in Berlin nach Abschluß der laufenden Arbeiten, wobei erwogen wird, das Grundgesetz selbst dort zu verabschieden.

Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, bezeichnete es am Donnerstag als Ziel des Parlamentarischen Rates, eine möglichst große Mehrheit für das zu schaffende Grundgesetz zustande zu bringen. Zu diesem Zweck würden die einzelnen Fraktionen ab übernächster Woche gleich-

zeitig tagen und miteinander Fühlung nehmen.

Der Organisationsausschuß des Parlamentarischen Rates wählte für die beiden Kammern die Bezeichnungen „Volks-“ und „Länderkammer“ und arbeitete abweichend von den Vorschlägen der Herrenhiemsee-Experten neue Bestimmungen für die Wahl des Bundeskanzlers aus. Ungeklärt blieb noch, ob der Bundeskanzler eine wirkliche Kanzlerrolle im Sinne Bismarcks spielen oder ob er mehr eine kollegiale Vorrangstellung unter den Ministern einnehmen soll.

Der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Heinrich Weitz, und der Hamburger Stadtkämmerer, Senator Dr. Walter Dück, legten im Finanzausschuß ihre Auffassung über die Abgrenzung der Kompetenzen auf dem Finanzgebiet dar. Weitz wollte sichergestellt wissen, daß die Länder nicht „Kostgänger des Bundes“ werden und schlug deshalb als Finanzausgleich vor, den Ländern die gesamten Einkommensteuern zufallen zu lassen. Der Ausschuß für Zuständigkeitsabgrenzung legte die Bestimmungen über das Beamtenrecht fest. Der Ausschuß für Grundsatzzfragen formuliert am Donnerstag sechs weitere Artikel der Grundrechte.

Ermäßigung der Postgebühren endlich auch in der franz. Zone

Baden-Baden. Ein Verwaltungsrat für das Post- und Fernmeldewesen der französischen Zone, mit Sitz in Bastatt, ist auf Anordnung der französischen Militärregierung eingerichtet worden. Er soll die Interessen der Länder der französischen Zone auf dem Post- und Fernmeldegebiet koordinieren und für die ganze Zone einheitliche Richtlinien und Anweisungen ausarbeiten. Die Durchführung seiner Beschlüsse obliegt einer Hauptverwaltung, die aus dem jetzigen Post-Zentralamt gebildet wird.

Als erste Aufgabe erörterte der neu gegründete Verwaltungsrat für das Post- und Fernmeldewesen die Frage der Vereinheitlichung der Postgebühren in den drei Westzonen. Diese notwendige und auch von der Öffentlichkeit dringend geforderte Maßnahme kommt zum 4. Oktober zur Auswirkung und bringt eine Herabsetzung der Postgebühren für die französische Zone, genau wie in der Bizone.

Sowjetische Schüsse in Lichtenrade

Berlin. Ein sowjetischer Soldat feuerte am Donnerstagnachmittag in Lichtenrade im US-Sektor Berlins mit seiner Maschinenpistole auf eine Streife der amerikanischen Militärpolizei, verletzte dabei einen deutschen Straßenpassanten am Oberschenkel und floh anschließend in die sowjetische Zone.

Der sowjetische Soldat hatte zusammen mit einem Kameraden eine deutsche Frau besucht. Da bewaffneten sowjetischen Besatzungsangehörigen das Betreten des US-Sektors verboten ist, verständigten Zivilisten die US-Militärpolizei, die zur Klärung der Lage die Personalien der Sowjets feststellen wollte.

Berlin am Montag vor dem Sicherheitsrat

Atomenergiekontrolle vor dem politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung

Paris. Das UN-Generalsekretariat gab am Donnerstagnachmittag offiziell bekannt, daß der Sicherheitsrat am kommenden Montag um 15 Uhr Ortszeit zusammentreten wird. Auf der Tagesordnung steht nur die Prüfung der Beschwerde der Westmächte über die Lage in Berlin.

Der amerikanische Delegierte Warren Austin wird bis zur Annahme der Tagesordnung den Vorsitz übernehmen. Anschließend tritt er den Vorsitz an den argentinischen Delegierten Jose Arce ab. Ein Mitglied der US-Delegation, möglicherweise Außenminister Marshall persönlich, wird, wie zuverlässige Kreise in London mitteilen, als Hauptsprecher der Westmächte in den Verhandlungen des Welticherheitsrates über den Streitfall Berlin auftreten.

Kanada ersuchte laut Reuter den politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung am Donnerstag, die ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ anzuerkennen, die durch das Nichtbestehen einer Atomenergiekontrolle entstanden ist. Die Sowjetunion wird dafür verantwortlich gemacht, daß eine derartige Kontrolle nicht existiert.

Der amerikanische Delegierte Senator Warren Austin schloß sich dem Appell des kanadischen Delegierten an. Austin forderte zu äußersten gemeinsamen Bemühungen auf, die Entdeckung der Atomenergie zu einer Kraft des Lebens und nicht des Todes zu machen. Der Atomenergieausschuß hat entschieden, daß Pervertwerke zwar von einzelnen Staaten betrieben werden können, daß aber alles Uran und Thorium in dem Augenblick, in dem es gefördert ist, in den Besitz einer internatio-

nen Körperschaft übergehen muß. Diese Körperschaft soll den Besitz aller einschlägigen Substanzen übernehmen und alle Atomenergieeinrichtungen, die die internationale Sicherheit gefährden, als Eigentum betreiben und leiten.

Demgegenüber verlange die Sowjetunion, daß alle Materialien und Einrichtungen ungeachtet der Gefahr, die sie für die internationale Sicherheit bilden, im Besitz einzelner Nationen bleiben. Die Kontrolle solle sich nach sowjetischem Dafürhalten nur auf periodische Inspektionen beschränken. Dabei erfahre eine geheime Forschungstätigkeit in Laboratorien, die nach außen hin angeblich nur friedlicher Arbeit dienen, offensichtlich keine Einschränkung.

Amerika habe seinerseits eine so umfassende Kontrolle vorgeschlagen, weil das amerikanische Volk echten Frieden und Weltfrieden wünsche. Es habe erkannt, daß seine eigene Sicherheit unverkennbar an die eines jeden anderen Volkes gebunden sei. Deshalb sei es bereit, auf ein zeitweiliges Monopol über diese gewaltige Kraft zu verzichten.

Montgomery Vorsitzender des Verteidigungsrates der Westunion

Washington. Die Vereinigten Staaten und Kanada haben, wie hier am Donnerstag verlautet, die Ernennung des Chefs des britischen Empirgeneralstabs, Feldmarschall Lord Montgomery, zum Vorsitzenden des Verteidigungsrates der Westunion bereits inoffiziell gebilligt.

Südweststaat und Parteipolitik

Auch der ruhige und unvoreingenommene Betrachter der Bemühungen, die drei südwestdeutschen Länder zu einem einzigen Staat zusammenzuschließen, wird kein Loblied anstimmen auf die staatsbildende Kraft der Deutschen. Da hat das Schicksal, das im Gefolge der schrecklichen Niederlage von 1945 wahrhaftig Elend genug über Deutschland gebracht hat, plötzlich auch die Chance eröffnet, einen staatsorganisatorischen Fortschritt zu verwirklichen. Aus der Fülle staatlicher Verwaltungsgebilde, die ihr Entstehen mehr den Bedürfnissen der Besatzungsmächte, als einer zwingenden staatsorganisatorischen Notwendigkeit verdanken, sollen nach den Wünschen der Deutschen selbst lebensfähige, organisch gegliederte Länder geschaffen werden. Es wird nicht viele Deutsche geben, die eine solche staatliche Sanierung im südwestdeutschen Raum nicht für eine zwingende Notwendigkeit halten. Daß die gegenwärtige Aufspaltung der Länder Baden und Württemberg nur eine zeitbedingte Erscheinung ist und sein darf, darüber gibt es offenbar nur eine Meinung. Und nun bietet sich die wahrhaft einzigartige Möglichkeit, dem alten partikularistischen Erbteil der Deutschen zu Leibe zu gehen und verwandte und wirtschaftlich zusammengehörige Stämme und Landschaften in einem stärkeren Gebilde zu vereinigen. Niemand hat erwartet — wie sollte es in Deutschland auch anders sein —, daß das Vernünftige sofort und von selbst geschieht. Mit Recht ist in der öffentlichen Auseinandersetzung darauf hingewiesen worden, daß weder Baden noch Württemberg in ihrer bis 1945 bestehenden Form die Palina uralter Geschichte in ihren Wappenschildern tragen. Ihre Entstehung ist hinreichend bekannt. Es wirkt deshalb nicht überzeugend, wenn Badens Staatspräsident mit Emphase erklärt, er wolle Badener bleiben. Rings um uns ordnet sich die Welt neu, nationalstaatliche Grundsätze werden fragwürdig, am Horizont zeichnen sich die Umrisse europäischer, ja, weltweiter Konzeptionen ab. Der badische Staatspräsident, dessen ehrliche Motive nicht in Zweifel gezogen werden, spricht mit seinem badischen Rülischwur ein zu billiges Gefühl an. Es geht in dieser Zeit wahrhaftig um größere Dinge, als um die romantische Treue zu einer geliebten und gesegneten Landschaft. Es geht darum, wie wir unser Leben in einem industriell und agrarisch wohlausgewogenen größeren Raum für unser Volk lebenswert gestalten können.

Aber es gibt offenbar auch andere Gründe, die gegen das Notwendige und Vernünftige ins Feld geführt werden. Die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ enthüllt sie in einem Artikel mit der Ueberschrift „Südweststaat anders gesehen“. Der Artikelredakteur verkennt nicht, welche gewichtigen Argumente für den Zusammenschluß sprechen. Er verschweigt nicht, welche Realitäten ihn notwendig machen. Dann aber stößt er zum Kern vor: „Es scheint dringend nötig, es einmal offen und deutlich auszusprechen: es geht im Grunde nicht nur um verwaltungsmäßige oder wirtschaftliche Dinge, sondern es geht auch wesentlich um das politische Gesicht des zukünftigen deutschen Bundesrats — deutlicher gesagt: darum, welche Partei darin führend sein wird.“ Und weiter: „Der Zusammenschluß würde in der Tat die Stellung der CDU im gesamtdeutschen politischen Raum erheblich schwächen... Hier erhebt sich die Frage: ist der CDU-Wähler berechtigt, hier sich für eine politische, administrativ und wirtschaftlich an sich vertretbare Lösung zu entscheiden, wenn er hierbei dazu mitwirkt, eine politische Machtposition in Gesamtdeutschland zu schmälern? Weil der Verfasser also befürchtet, daß die CDU als Partei eine machtpolitische Schwächung erfahren könnte, soll das Notwendige nicht getan, das Vernünftige der Unvernunft geopfert werden, denn alle Argumente, die für den Zusammenschluß sprechen mögen, ... müssen, wenn man auf die richtige Rangordnung der moralischen Werte Rücksicht nimmt, vor jenem politischen und moralischen Argument in den Hintergrund treten.“

Man darf dem Verfasser dankbar sein für die Offenheit, mit der er offenbar die letzten Gründe entschleierte, die von maßgeblicher Seite gegen den Zusammenschluß vorgebracht werden. Es ist der alte deutsche Parteiengest, der hier fröhliche Urstunde feiert. Wie? Weil die Möglichkeit besteht, daß die dominierende Stellung der Partei im kommenden deutschen Bundesrat eine Minderung erfahren könnte, sollen alle Argu-

mente der Vernunft hinfällig werden? Ist hierin in der Tat der tiefste Grund für die sich immer wieder verfestigende Haltung des badischen Staatspräsidenten zu suchen? Man kann füglich daran zweifeln, daß die „Südwestdeutsche Volkszeitung“ der Sache, der sie nützen wollte, einen Dienst erwiesen hat. Man mag gute und sachlich fundierte Einwände gegen den Zusammenschluß vorbringen,

man mag sie zum Gegenstand ernster Auseinandersetzungen machen, man mag wirksame Garantien für die Wahrung berechtigter badischer Interessen fordern, aber das Argument, daß eine Partei dabei Schaden leiden könne, entspricht einer kleinen, interessengebundenen Denkweise. Die Not der Gegenwart fordert gebieterisch ihre Überwindung.

Neuordnung der Gemeinde- und Kreiswahlen

Von Rechtsanwalt Friedrich Vortisch, M. d. L.

Laut Bekanntmachung des Ministeriums der Innern finden am Sonntag, dem 14. Nov. 1948, gleichzeitig die Wahlen zu den Kreisversammlungen und den Gemeinderäten in den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern am 5. Dez. 1948 die Wahl der Bürgermeister statt. Die letzte Wahl zu den beiden genannten Selbstverwaltungskörpern ist im Sommer und Herbst 1946 erfolgt, und zwar auf Grund der Verordnungen Nr. 44, 49, 56 und 80 der französischen Militärregierung am 13. Sept. 1946 für die Gemeinderäte und am 13. Okt. 1946 für die Kreisversammlungen. Auf Grund der zur Zeit gültigen Gemeindeordnung vom 25. März 1947, die durch Landesverordnung des damaligen Staatssekretariats in Kraft gesetzt wurde, haben bis jetzt keine Gemeindevahlen stattgefunden. Die oben bezeichneten Verordnungen der Besatzungsmacht sind von vornherein nur für die darin genannten Wahlen vom Herbst 1946 bestimmt gewesen. Jedoch enthält die Verordnung Nr. 60 für die Wahlen zu den Kreisversammlungen auch die einzigen rechtswirksamen Vorschriften über die Kompetenzen der Kreisversammlungen, da die neue Kreisordnung, zu der ein eingehender Vorschlag der demokratischen Fraktion vorliegt, die Beratung im Landtag noch nicht passieren konnte. Diese letzteren Vorschriften sind daher nach wie vor als in Kraft befindlich zu betrachten. Die Gemeindeordnung vom 25. März 1947 ist durch eine vom Landtag beschlossene, noch nicht verkündete Novelle geändert und in einzelnen, gerade auf die Gemeindevahlen bezüglichen Bestimmungen durch das Landeswahlgesetz ersetzt worden, das im Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 4. Sept. 1948 verkündet ist. Nach diesen neuen Bestimmungen richten sich die Wahlgänge am 14. Nov. und 5. Dez. 1948.

Wer ist wahlberechtigt?

Wahlberechtigt sind nach § 3 des Landeswahlgesetzes alle in die Wahlerliste eingetragenen Männer und Frauen badischer Staatsangehörigkeit, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 1 Jahr ihren Wohnsitz innerhalb des Gemeinde- bzw. Kreisgebietes haben. Da nach Art. 51 der nach der Gemeindeordnung zustande gekommenen badischen Verfassung die Staatsgewalt durch die stimmberechtigten Staatsbürger ausgeübt wird und auch die Ausübung des Gemeinde- und Kreiswahlrechtes ein Ausfluß des Staatsbürgerrechtes ist, mußte bei der Fassung des Gesetzes Rücksicht darauf genommen werden, daß nach Artikel 53 der Verfassung badischer Staatsbürger nur jeder volljährige badische Staatsangehörige ist, der sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Eine badische Staatsangehörigkeit existiert aber nicht mehr, seitdem Baden seinen Staatscharakter durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 verloren und die badische Staatsangehörigkeit überdies durch Verordnung vom 3. Febr. 1934 durch Reichsverordnung ausdrücklich abgeschafft ist.

Diese badische Staatsangehörigkeit ist seinerseits entgegen der politischen Auffassung der Demokratischen Partei in der Verfassung neu geschaffen worden.

Das vorgesehene Staatsangehörigkeitsgesetz wurde aber nie erlassen. Seine Erlassung ist

durch die Entwicklung, die der grundsätzlichen Auffassung der demokratischen Partei recht gegeben hat, heute auch sinnvoll geworden. Infolgedessen enthält § 3 Abs. 3 des Wahlgesetzes die Ausfüllbestimmung, daß jede Person als badischer Staatsangehöriger gilt, die die deutsche Staatsangehörigkeit vor dem 12. März 1938 oder nach dem 8. Mai 1945 erworben hat oder als Deutsche aus den Ostgebieten ausgewiesen und rechtmäßig nach Baden zugezogen ist. Außer den schon früher üblichen Wahlausschließungsgründen mußte natürlich die politische Säuberungsgesetzgebung bei der Festlegung des Kreises der Wahlberechtigten berücksichtigt werden.

Der Regierungsentwurf wollte die Bestimmung des Kreises — der aus Gründen der politischen Säuberung vom Wahlrecht ausgeschlossen — der Vollzugsverordnung überlassen, und der Entwurf zur Vollzugsverordnung enthält eine Bestimmung, die in der bei den mit Säuberungserlassen befaßten badischen Dienststellen traditionell gewordenen Verworfenheit gehalten war, wonach Personen, die lediglich einen Säuberungsbescheid im früheren Verwaltungsverfahren erhalten hatten und nunmehr als Schuldige oder Hauptschuldige „einstufen“ sind, vom Wahlrecht ausgeschlossen sein sollten. Wir wären dann in Südbaden neben den verschiedenen Sorten von Spruchkammern und Bewertungskammern jedenfalls noch mit einer „Wahlrechtsprüfungskammer“ beim Säuberungskommissar beglückt worden. Gegen die Überlassung der Regelung an eine von der Regierung zu erlassende Verordnung sprachen verfassungsrechtliche, gegen den Inhalt der geplanten Bestimmungen erhebliche praktische Bedenken, und auf Antrag der Demokratischen Fraktion wurde deswegen gemäß § 5 Ziffer 3 des Landeswahlgesetzes von der Wahlberechtigung lediglich ausgeschlossen, wer nach Maßgabe einer auf Grund der Landesverordnung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 29. März 1947 ergangenen rechtskräftigen Spruchkammerentscheidung oder Einstufungsentscheidung des Staatskommissars für politische Säuberung das Wahlrecht nicht besitzt und es auch nicht auf Grund der Verordnung Nr. 133 oder einer anderweitigen Anstaltsmaßnahme vom dem Wahltag zurückgehalten hat, wozu dann auf Antrag der CDU noch kam, wer noch nicht einem Säuberungsverfahren unterstellt war, von dem jedoch auf Grund der Aktenlage nach seiner politischen Vergangenheit anzunehmen ist, daß er als Hauptschuldiger oder als Schuldiger eingestuft werden wird. Wahlbar ist gemäß § 7 der Kreis der gleichen Personen, soweit sie das 25. Lebensjahr vollendet haben mit geringen Ausnahmen. Davon soll lediglich erwähnt werden, daß nur mit Ausnahmebewilligung der Staatsaufsichtsbehörde Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde als Gemeinderäte und des Kreises als Kreisabgeordnete gewählt werden können.

Wann Einsichtnahme in die Wahlerliste?

Nach §§ 37, 46 und 9 der Vollzugsverordnung zum Landeswahlgesetz vom 8. Sept. 1948 beginnt der Gemeinderat spätestens am 60. Tag vor der Wahl, also im vorliegenden Falle am 15. Sept. 1948, mit der Aufstellung der Wahlerlisten für diese Wahl. Spätestens am

25. Tag vor der Wahl, also bei diesen Wahlen am 10. Oktober 1948, ist in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern jeder Wahlberechtigte schriftlich von Amte wegen seiner Eintragung in die Wahlerliste zu besachrichtigen. In allen Gemeinden muß die Wahlerliste spätestens am 28. Tag vor der Wahl, also spätestens am 17. Okt. 1948, 7 Tage lang öffentlich zu jedermanns Einsicht aufgelegt werden. Der Gemeinderat hat rechtzeitig in ortsüblicher Weise öffentlich bekanntzumachen, wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Auflegung erfolgt. Gegen die Richtigkeit der Wahlerliste kann jeder, der sich für wahlberechtigt hält, ferner jede politische Partei bis zum Ablauf der Auflegungsfrist beim Gemeinderat schriftlich oder mündlich Einspruch einlegen, über den, falls der Gemeinderat nicht abhilft, der Gemeindevwahlausschuß spätestens am 19. Tag vor der Wahl, also am 4. Nov. 1948, eine Entscheidung zu fällen und dem Beteiligten zurustellen hat.

Gegen die Entscheidung des Gemeindevwahlausschusses ist die Beschwerde an den Kreiswahlausschuß zulässig.

Die Wahlvorschlagslisten

Gemäß § 2 des Landeswahlgesetzes erfolgt die Wahl der Gemeinde- und Kreise für die Grundsatzen der Verhältniswahl auf Grund gebundener Vorschlagslisten. Lediglich wenn keine oder nur eine gültige Wahlvorschlagsliste eingereicht ist, werden die Gemeinderäte nach den Grundsatzen der Mehrheitswahl gewählt, wobei auch solche Bürger gewählt werden können, die nicht auf der etwaigen einzigen gültigen Wahlvorschlagsliste aufgeführt sind. Zu den Kreiswahlen können nur die politischen Parteien Wahlvorschlagslisten einreichen. Listenverbindungen finden nicht statt. Bei den Gemeindevahlen sind Listenverbindungen dagegen zulässig, und außer den politischen Parteien kann auch jede Gruppe von Wahlberechtigten eine Wahlvorschlagsliste einreichen, wenn sie den für die politischen Parteien festgesetzten Bedingungen entspricht und wenn die Wahlvorschlagsliste von mindestens 10 Prozent der Wahlberechtigten unterzeichnet ist, die nicht von der Wahlbarkeit ausgeschlossen sind. Das heißt also, daß in einem Ort mit 400 Wahlberechtigten 40 wahlbare Gemeindevähler eine Wahlvorschlagsliste einreichen können. Die Einreichung der Wahlvorschlagslisten muß spätestens am 22. Tag vor der Wahl, also am 23. Oktober 1948, erfolgen. Soweit die Einreichung durch die politischen Parteien erfolgt, sind die Kreiswahlvorschlagslisten vom Kreisvorsitzenden, die Vorschlagslisten für die Gemeinderatswahlen vom Orts- oder Kreisvorsitzenden oder dem örtlichen Vertrauensmann der Partei zu unterzeichnen, sofern der Letztere eine schriftliche Bestätigung des Kreisvorsitzenden vorlegt, daß er als Vertrauensmann der betreffenden Partei am fraglichen Ort bestellt ist (§ 28 der Vollzugsverordnung vom 8. Sept. 1948).

Wie wird gewählt?

Der weitere Gang des Wahlverfahrens ist der übliche, so daß seine Einzelheiten hier nicht interessieren. Hervorzuheben ist jedoch, daß man gemäß § 42 bzw. § 46 in Verbindung mit § 22 der Vollzugsverordnung wieder zurückgekehrt ist zu dem früher üblichen einzigen Stimmzettel, der alle festgestellten Wahlvorschlagslisten enthält und auf dem der Wähler durch Einsetzung eines Kreuzes in den hierfür vorgesehenen Kreis die Wahlvorschlagsliste der Partei bezeichnet, der er seine Stimme geben will (§§ 37, 46, 23 der Wahlordnung). Wenn für Gemeinderatswahlen nicht mindestens zwei gültige Wahlvorschlagslisten eingereicht wurden, so kann der Wähler, falls eine gültige Wahlvorschlagsliste eingereicht ist, an Stelle eines oder mehrerer Namen der Wahlvorschlagsliste den Namen einer oder mehrerer Personen setzen, und falls gar keine Wahlvorschlagsliste ein-

gereicht ist, auf einem selbstgeschriebenen Stimmzettel so viele Personen vorschlagen, als Gemeinderäte zu wählen sind (§ 10 des Landeswahlgesetzes, § 43 der Wahlordnung).

Die Zahl der Gemeinderäte

Die Verteilung der Sitze erfolgt gemäß § 19 des Wahlgesetzes nach dem schon bisher üblichen sogenannten d'Hontschen Verfahren, das auch maßgebend ist für Ermittlung des Abstimmungsergebnisses für die Kreisversammlung. Denn da die neue Kreisordnung noch nicht erlassen ist, muß hier zurückgegriffen werden auf die Verordnung Nr. 60 über die Wahlen zu den Kreisversammlungen in Baden vom 2. Sept. 1948, die in Artikel 15 auf die Bestimmungen der Gesetzgebung vor 1933 zurückverweist, nach welcher ebenfalls das d'Hontsche Verfahren für die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses galt. Auch der zahlenmäßige Umfang der Kreisversammlungen wird nach wie vor durch Artikel 2 jener Verordnung Nr. 60 bestimmt, während die Novelle zur Gemeindeordnung festlegt, daß die Zahl der Gemeinderäte in den Gemeinden bis zu

2000 Einwohnern	6 Mitglieder
von 2001 bis zu 3000 Einw	8
von 3001 bis zu 10000	12
von 10001 bis zu 15000	14
von 15001 bis zu 20000	16
von 20001 bis zu 30000	18
von 30001 bis zu 50000	20
über 50000 Einwohnern	24

betragen soll, aber die Möglichkeit offen läßt, daß bei besonderen Verhältnissen die Aufsichtsbehörde auf Antrag der Gemeinden eine höhere Mitgliederzahl festsetzt.

Gemeinden wählen ihren Bürgermeister

Unter Wiederaufnahme der vor 1933 bei uns in Baden üblichen Uebung bestimmt § 43 Absatz 1 der Gemeindeordnung in ihrer Neufassung, daß die Wahl der Bürgermeister bei den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern durch die Wahlberechtigten und nur in den größeren Gemeinden durch den Gemeinderat jeweils auf die Dauer von 9 Jahren erfolgt. Zu beachten ist, daß durch diese Ausweitung des Kreises der Gemeinden, in denen die direkte Wahl zu erfolgen hat, nunmehr auch zahlreiche Berufsbürgermeister aus direkten Wahlen hervorgehen werden. Es ist weiter zu beachten, daß auch die Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister nach dieser Bestimmung auf 9 Jahre zu erfolgen hat, was für die Uebernahme eines Ehrenamtes eine sehr lange Zeitspanne bedeutet. Für die Wahl eines Bürgermeisters in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern ist es notwendig, daß der Bewerber mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen und außerdem mindestens ein Drittel der Stimmen der Wahlberechtigten im ersten Wahlgang erhält. Erst in einem etwaigen zweiten Wahlgang ist diejenige Person gewählt, auf die die meisten Stimmen entfallen, die also die relative Mehrheit bekommt. Im übrigen finden nach § 45 der Landeswahlordnung auf die direkten Bürgermeisterwahlen die Vorschriften für die Gemeinderatswahlen entsprechende Anwendung.

Gerade wir Demokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die Gemeindevwahl die Urzelle jedes demokratischen Handelns ist und bleiben wird. Nur die Demokratie hat Bestand, die sich organisch von unten nach oben entwickelt. In dieser Tatsache liegt die Bedeutung der Gemeinde- und Kreiswahlen ebenso wie in den Bürgermeisterwahlen.

Diese Tatsache zu erkennen und danach zu handeln, ist die Pflicht jedes Wahlberechtigten.

„DAS NEUE BADEN“

Verantwortlicher Redakteur: Günter Abmann
Anschr. der Redakt.: Lahrschwi., Postf. 279, Tel. 2363.
Verlag: Demokratische Verlagsge. mbH., Lahrschwi.,
Druck: Moritz Schauenburg, Lahrschwi., — K. & H. Greiser, Rastatt (Baden). — Südwestdruck K.-G., Lürsch. — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).

Vom Deutschen Kongreß für Freies Christentum

Frankfurt. (Eig. Bericht.) Es war ein Wagnis, die Gruppen des Freien Protestantismus in dieser Zeit, die vielen das Reisen unmöglich macht, zu einer gemeinsamen Tagung zusammenzurufen. Das Wagnis ist gelungen. Eine beträchtliche Zahl von Vertretern aus allen Gegenden Deutschlands, von Hamburg und Bremen bis Württemberg und Baden, fand sich ein, und das Ergebnis der Tagung war die Gründung des „Deutschen Bundes für Freies Christentum“ als Einigung aller Gruppen des Freien Protestantismus. Auch aus der Ostzone hatten sich unter großen Schwierigkeiten Teilnehmer eingefunden. Ihnen wurden wiederholt Grüße dargebracht. Schmerzlich bedauert wurde es, daß die Vertreter des Weltbundes für Freies Christentum aus Holland und der Schweiz ihre Zusage, an der Tagung teilzunehmen, nicht hatten wahr machen können. Andachten, Vorträge, Aussprachen, Arbeitsgemeinschaften in kleineren Kreisen füllten die Tage des Beisammenseins aus. Was auch zur Sprache kam, alles war getragen von warmer Liebe zur evangelischen Kirche. Das war auch aus dem Wortlaut der Entscheidungen zu erkennen, die der Kongreß faßte; die eine ein Gruß an die Vereinsamten, die in der Kirche, wie sie sich heute auf Glaubensbekenntnisse früherer Zeiten festlegt, nicht ihre Heimat sehen können; die andere ein Gruß an die kirchliche Öffentlichkeit, der die Anliegen des Bundes damit unterbreitet werden; besonders die Sorge, die durch eine leiblose und unevangelische Handhabung der Lehrzucht (einige „Pille“ sind schon vorgekommen), durch autoritäre Verfassungsbestimmungen und Außerachtlassen der Rechte der Gemeinden verursacht ist, —

Pfarrer Erich Meyer-Frankfurt, der die Hauptarbeit für die Vorbereitung der Tagung geleistet hat und der auch die Leitung hatte, teilte mit, daß unter den über 1000 Briefen, die ihm bei dieser Veranlassung zugehingen, erschütternde Zeugnisse sind, wie weitverbreitet das Gefühl der Vereinsamung unter denen ist, die neben der Gruppe der Bekennendkirchlichen eine freiergerichtete für unbedingt nötig halten und in der Kirche in ihrer jetzigen Verfassung kein Heimatgefühl empfinden können.

Glaube und Bekenntnis des Freien Christentums, das war das Thema des ersten Vortrages, den der 77jährige Pfarrer Friedrich Manz-Frankfurt (ein geborener Badener) mit jugendlicher Frische und Herzenswärme hielt. Er bekennt sich zum Evangelium Jesu Christi von der freischenkenden Gnade Gottes. Dankbar erkennt er an, was die historisch-kritische Erforschung der christlichen Gedankenwelt uns an innerer Befreiung geschenkt hat und daß wir durch sie den Blick dafür gewinnen, was das Bleibende im Christenglauben ist. Infolgedessen sind wir nicht gebunden an die Lebensform, die die Kirche dem Evangelium in vergangener Zeit gegeben hat, sondern dürfen ihr in der Freiheit der Kinder Gottes gegenüberstehen und in stets neuem Ringen um die Gewißheit des Glaubens froh werden in Gott; dabei müssen wir den Weg des Kreuzes gehen, weil das Reich Gottes nicht nur Siege hat, sondern auch Rückschläge erleidet.

Katholizismus und Protestantismus, ihre Wesensgestalt und ihre gegenwärtige Erscheinung, darüber sprach Prof. Leese-Hamburg. Er zeigte, wie jede der beiden großen Erscheinungsformen des christlichen Glaubens aus ihrer Eigenart heraus verstanden werden

muß und wie die evangelische Kirche ohne religiöse („prophetische“) Kritik am bestehenden Kirchentum ihre Kraft verliert und wie immer neu die „Gestalt der Gnade“ in Ehrfurcht zum Verständnis gebracht werden muß.

In besonderer Weise fanden das Ohr der Jugend die Vorträge des zweiten Nachmittags. Er sprach Prof. Meusching, von der Universität Bonn, über Religionswissenschaftliche Wege zum Verständnis des Christentums und Oberstudiendirektor Feige-Köln über Das Freie Christentum im Lichte der Frohbotschaft Jesu. Die Aussprache über das hier Gehörte im Kreise der jüngeren Teilnehmer zog sich bis tief in die Nachtstunden hinein; ein Zeichen, wie sehr die Zuhörer innerlich beteiligt waren.

Aktuelle Fragen der Evangelischen Kirche behandelte Prof. Bülick-Hamburg. Hier wurden die wichtigen Anliegen zur Sprache gebracht, die in der zweiten Entscheidung des Kongresses ausgesprochen sind. Der Grundton war immer warme Liebe zur Kirche, die ja unsere Mutter ist. Die Gewissensfreiheit, der das Wort geredet wird, ist die Freiheit unter den Augen Gottes.

In der Schlußkundgebung stellte Pfarrer E. Meyer den Teilnehmern der Tagung und den Gästen die Verantwortung des Freien Christentums für die evangelische Kirche und für unser Volk vor Augen; es geht ihm darum, daß die Kirche von den Bekenntnissen sich zurückfindet zum Evangelium der Liebe und der Tat, und um die Weckung der Freudigkeit zur Mitarbeit in der Kirche.

Das Dankeswort für die Veranstaltung der Tagung und die Mitwirkenden sprach Prof. Schuster-Hannover.

Die Stadt Frankfurt hatte den Kongreß durch ihren Bürgermeister sehr freundlich begrüßt. Auch die hessische Kirchenleitung ließ durch ihren Vertreter Grüße überbringen, ebenso kamen schriftliche Grüße in großer Zahl, darunter von den theologischen Fakultäten mehrerer Universitäten. Besonderen Widerhall fand eine Begrüßung aus der Ostzone. Auch die Quäker entboten ihre Grüße.

Erfreulich war, daß bei dem Kongreß nicht nur die Grauhäutigen erschienen waren, sondern auch Studenten, jüngere Pfarrer, Religionslehrer und Religionslehrerinnen. — Der Freie Protestantismus hatte sich während der Zeit der Kämpfe um den Bestand der Kirche im Dritten Reich zurückgehalten; seine Anliegen den größeren untergeordnet; eine große Anzahl seiner Anhänger hatte sich der Bekennendkirchlichen Kirche angeschlossen in Würdigung dessen, was diese leistete. Aber der Bekennendkirchlichen (im Sinne der Festlegung auf geschriebene Bekenntnisse des 16. und 17. Jahrhunderts), wie sie sich später entwickelte, konnte die Mehrzahl der Anhänger des Freien Protestantismus nicht mehr Gefolgschaft leisten. Manche Beobachter erschien es deswegen, als sei der Freie Protestantismus in Deutschland ausgestorben, und oft genug wurde er totgesagt. Aber die Frankfurter Tagung hat seine Lebenskraft erwiesen und seine Bereitschaft gezeigt, in der Kirche mitzuarbeiten, damit die Kirche auch den Suchenden Heimat der Seele sein kann und aus ihr die Bruderschaft Christi macht.

Die Verhandlungen der Tagung werden in Bläde in ausführlichem Bericht in der Schriftenfolge „Christliche Gegenwart“, herausgegeben von Prof. Bülick-Hamburg, Verlag Herm. Latsch-Hamburg, erscheinen. K.

DIE JUNGE GENERATION

Europas Morgenrot oder morgen rot?

Gespräche zwischen jungen Polen und Deutschen über die Grenzen im Osten

Wer die europäische Nachkriegslandkarte einmal kritisch betrachtet, muß feststellen, daß Rußlands Grenze im Süden an die Italiens stößt und in Mitteleuropa wenige Kilometer von Kassel verläuft. So weit reicht der direkte Einfluß des Kremles; der indirekte aber fließt über den ganzen Kontinent und erschüttert die politische und wirtschaftliche Struktur der westlichen Demokratien. Die ständigen Streiks, die knappen Wahllege der antikommunistischen Parteien in Frankreich und Italien, und die sich daraus ergebenden Kabinettskrisen sind ein bezeichnendes Zeichen, in welchem Maße die russische Expansion Westeuropas beunruhigt.

Als in Teheran und Jalta die Großen zwei den Forderungen Stalins nachgaben, ahnten sie kaum, welche ein Aufgeld sie einst dafür zahlen müssen, um den Drang Moskaus nach Westen zu stoppen: die Milliarden des Marshall-Planes, die ungeheuren Ausgaben für eine entsprechende Propaganda gegen den Kommunismus und die Rekordausgaben für Rüstungen und Luftbrücke, die die Militärgarantie für Westeuropa erforderlich machen. Das ist der Preis für den kalten Krieg, der Europa nicht zur Ruhe kommen läßt.

Alles, was die westeuropäischen Staaten neben diese Opfer Amerikas für die Freiheit zu stellen haben, sind die zaghaften Versuche, sich zu einer Union zusammenzuschließen, um sich so den Anseheln einer Macht zu geben. Und das mehr unter dem sanften Druck der Vereinigten Staaten, als aus eigener Initiative und Einsicht in die Erfordernisse der Gegenwart.

Käme dieser Block aber tatsächlich zustande, was bei der Eifersucht, mit der die einzelnen Politiker ihre kleinen Souveränitätsstandpunkte verteidigen, mehr als zweifelhaft erscheint, so ergäbe sich trotz allem nur ein Rumpf- oder Lilliput-Europa, das mit dem mächtigen Koloss Eurasien Brust an Brust zu stehen hätte, weil es in Jalta sein Verbleib, den europäischen Osten und Südosten, verlor.

In diesem Vorfeld waren Deutschland und Polen, ein Vernichteter und ein Siegerstaat des letzten Krieges, die beiden stärksten Positionen. Als der Kreml die Zerstückelung dieser beiden Staaten forderte, von denen Deutschland antikommunistisch, Polen sogar antirussisch eingestellt war, tat er das in der Absicht, diese Bausteine gegen seine Ideologie in ständiger Gegensätzlichkeit zueinander zu erhalten. In sich geschwächt und Regierungen unterstellt, die nicht von Volke gebilligt werden, sind sie heute gezwungenermaßen politische und wirtschaftliche Trabanten der Sowjetunion. Aber das Gegenteil wurde erreicht: Gerade unter dieser Zwangslage und in dem Wunsche, sich aus ihr zu befreien, verkümmern die deutsch-polnischen Gegensätze. Nicht nur in Deutschland erhofft man inzwischen eine Revision der Grenzziehung, auch im polnischen Volke ist dieser Wunsch vorhanden, denn Polen ging aus dem letzten Krieges trotz seiner Proklamation zum Siegerstaat als ein Verlierer hervor.

Durch die Curzon-Linie verlor es an Rußland mehr als 180.000 qkm. Dafür gewann es im Westen ein Gebiet von rund 114.000 qkm, das durch russische Demontagen zum großen Teil seiner Industrieanlagen entblößt war. Es gewann das oberschlesische Industriegebiet und verlor seine gesamte Erbschaftsproduktion in Galizien. Das ist eine schlechte Bilanz für einen Siegerstaat, und das Volk empfindet es auch so, trotz aller Gegenüberstellungen seiner kommunistischen Regierung, die in der Frage der Curzon-Linie nicht nur keinesfalls in Gegensatz zu Rußland geraten darf, sondern um der freundlichen Beziehungen willen stets den „guten“ Tausch betonen muß.

Den aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen vertriebenen 10 Millionen Deutschen stehen 5 Millionen polnische Umsiedler aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie gegenüber, die den neu erworbenen Westen besiedeln sollen. Da diese Gebiete jetzt nur noch die Hälfte der einstigen Bevölkerung aufnehmen hat, müßte sich die Bevölkerungsdichte um 50% verringern. Das ist aber nicht der Fall. Während in Deutschland vor dem Krieges 138 Menschen auf dem qkm lebten — eine Zahl, die in Ostdeutschland etwas niedriger lag als im dichter besiedelten West- und Mitteldeutschland — wohnen nach polnischen Angaben in den neu erworbenen Westgebieten heute nur 35 Menschen auf dem qkm, ein deutliches Zeichen für die Zuwanderungslust der Polen. Es ist ganz klar, daß bei einer so geringen Bevölkerungsdichte dieses Land nicht intensiv genutzt wird. Diese Unlust, in die Westgebiete zu gehen, erklärten mir kürzlich junge Polen in einer Unterhaltung, die wie unweit der Oder auf deutschem Gebiet führten und in der wir das deutsch-polnische Problem mit einer Offenheit diskutierten, wie sie heute in Polen nicht mehr möglich ist. Sie bestätigten mir, daß das Land zwischen Ostsee und Riesengebirge zum größten Teil brach liegt, und daß die Dörfer fast menschenleer sind; man zieht in die besterhaltenen Häuser, bearbeitet soviel Land, wie man zum Leben benötigt, und läßt das übrige weiter zerfallen. All das, anzufangen von der Unlust, in den Westen zu gehen, bis zum unvollständigen Aufbau, ist begründet in dem Glauben, daß der Besitz dieser Gebiete nicht von Dauer sein wird, mag man auch in Jahrzehnten rechnen. Das polnische Volk teilt nicht den Wahn seiner Regierung, es hätte auf diese Westgebiete einen historischen Anspruch. Es will in die Gb zurück, wo es eine Heimat hatte, die ihm nicht fremd war, anstatt in einer neuen Volkswanderung

nach Westen zu ziehen. Das polnische Volk — ich spreche hier nicht von seiner Regierung — wünscht, und das Recht dazu hat es wohl, da es im Kampf gegen Hitler relativ die größten Opfer brachte, eine Regierung nach seinem Willen und die Rückgabe des an Rußland verlorenen Gebietes. Das ist die Voraussetzung, unter der man mit Deutschland eine tragbare Grenzregelung herbeiführen herzt wäre. Diese Regelung acht das polnische Volk in den Grenzen von 1933 — ohne Ostpreußen, das seiner Meinung nach in der von Deutschland isolierten Lage den letzten Krieg heraufbeschwor und wieder ein erster Konfliktstoff werden könnte. In Ostpreußen sieht außerdem Polen den breiten Zugang zum Meer, den es immer erstrebte und den es als Mindestentschädigung für Hitlers Überfall zu fordern hätte. Man denkt in Richtung Ostsee wohl auch ferner an die Baltischen Staaten, die ihrer Rolle als Sowjetrepublik entbunden als Bundesstaaten in loser Anlehnung an Polen ein selbständiges, freies politisches Leben entfalten könnten. Aber das sagt man nicht direkt — man deutet es nur an. Das Oberschlesische Industriegebiet, ein weiterer wunder Punkt, könnte unter gemeinsamer deutsch-polnischer Verwaltung stehen.

Das sind Vorschläge, die das Volk macht, und man kann es von deutsch-polnischen und damit vom europäischen Standpunkt aus nur bedauern, daß die Politiker so wenig von den

Wünschen des Volkes wissen oder sie wissentlich ignorieren.

Dieser ganze Fragenkomplex kann letztendlich nur mit dem Kreml geregelt werden, der hier Gelegenheit hätte, den Beweis dafür anzutreten, daß ihm der Volkswille und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mehr am Herzen liegt, als Expansion, durch die sich die ganze Welt bedroht fühlt.

Für die europäische Wirtschaft ist der europäische Osten und Südosten von hervorragendem Wert: für Rußland, das seine, für europäische Verhältnisse fast unendlichen Gebiete mit der relativ geringen Bevölkerungszahl noch gar nicht richtig ausnutzt, bedeutet es weit weniger, Rußland bedarf der Hilfe, um seine zerstörte Industrie wieder auf- und weiter auszubauen. Wenn von den Milliarden, die für den kalten Krieg und für die Rüstungen des nächsten heißen, sehr heißen Krieges in der ganzen Welt auszugeben werden, ein Teil als wirtschaftliche Hilfe nach Rußland ginge, das dafür Europa als unteilbares Ganzes anzusehen hätte, so wäre der Sezen für die Menschheit billiger zu erlassen, als der Fluch des nächsten drohenden Vernichtungskrieges, von dem niemand weiß, wie er enden wird.

Zu einem solchen Vorschlag, aneboten von Europa und Amerika, müßte der Kreml Stellung nehmen. Sollte seine Antwort positiv sein, so wäre es innerhalb Europas auch keine Grenzveränderung mehr. Die gesamten Milliarden würden auf Handelswegen mit reichlichen Zinsen in die Kassen zurückfließen. Würde der Kreml aber einen solchen Vorschlag ablehnen, so würde die ganze Welt auf welche Auseinandersetzung sie sich vorbereiten hat, Man sollte dem Frieden der Welt mehr offen, als bisher den Kriegen, nur eines nicht: die Freiheit!

Michael Bertram

Ueber die politische Verantwortung der Jugend

Wer glaubt, daß die Jugend der Politik gleichgültig gegenüberstehe, dessen Urteil hat wohl an Zugkraft verloren. Wenn man heute über eine Lethargie der Jugend gegenüber der Politik spricht, so stellen wir die Frage: ob dieser Vorwurf eigentlich nur die Jugend trifft? Denn wieviele der älteren Generation befassen sich heute mit Politik? Wir verlangen nun durchaus nicht, daß sich jeder junge Mensch schleunigst — um seinen guten Willen zu beweisen — in eine Partei stürzt, sondern nur selbständiges politisches Denken und die daraus erworbene Urteilskraft können vor den Fehlern der Vergangenheit bewahren. Die Jugend muß vor allem das Vertrauen in die Wahrheit politischer Fragen finden, deshalb müssen in Zukunft Ehrlichkeit, Wahrheit und Sachlichkeit die Schatzkammer unserer Politik beherrschen.

Noch steht unsere Jugend allem Neuen mißtrauisch gegenüber. Die Erkenntnis, daß die zwölf Jahre lang eingetragene Idee falsch war, mag schuld an der Interesslosigkeit — nicht nur der Jugend — sein. Aber die Jugend wird es sein, die unter den heute geplanten und eingeleiteten Verhältnissen später leben muß. Daraus folgt, daß die Jugend ein Recht hat, gehört zu werden und gestaltend mitzuwirken. Daß dem die Pflicht zur Mitarbeit gegenübersteht, muß jedem bewußt sein.

Die Jugend kann aber nicht mitarbeiten, wenn ihr Methoden aufgezwungen werden, die sie ablehnen muß, wenn sie in ihren Wünschen achselzuckend zur Seite geschoben wird, wenn „alte Größen“ auf ihre unersetzliche „Erfahrung“ pochen und jede Einmischung in „ihre“ Staatsgeschäfte empörend zurückweisen. Die Jugend hat noch viel zu lernen, gewiß, und sie will auch lernen, nur darf bei ihr nie der Eindruck entstehen, an die Wand gedrückt zu werden.

Unsere Jugend ist nicht unreif, sondern die

reifste Jugend, die es je gab. Das Grauen aller Schlachtfelder Europas trägt sie in ihrer Erinnerung. Sie ist hart geworden unter dem Hagel der Granaten und dem Bersten der Bomben, und das war vielleicht gut so, denn sonst wäre sie unter der Last der Enttäuschung und des Verrats zusammengebrochen. Wie furchtbar die Lage für die Jugend ist, braucht nicht erwähnt zu werden, denn jeder in unserm Volk hat durch den Krieg persönliche Leid erlitten. Sie kam zurück und sah, daß daheim vieles anders geworden war. Für den einen mußte die Frage des Zurückfindens leichter zu lösen sein als für den andern. Aber die bedeutendste aller Fragen war für alle gleich: die Frage nach dem Weg, der uns aus dieser Not wieder herausführen könnte.

Unsere Jugend will keine Almosen, sie will arbeiten, sie will aber auch eine Zukunft sehen. Unsere Jugend liebt ihre Heimat, denn sie weiß, daß die Heimat ihre Liebe heute am nötigsten braucht.

Aber gerade die Liebe zur Heimat, zu Volk und Vaterland, muß der Jugend neuen Glauben, neuen Mut und neues Vertrauen geben. Voller Verantwortungsbewußtsein um das Schicksal derer, die nach uns kommen, muß die Jugend ihren Weg gehen und sich zur Erkenntnis durchringen, daß es ohne Politik nun eben nicht geht. Jeder muß das Bewußtsein in sich tragen, daß auch er durch seine Haltung zum Gelingen oder Nichtgelingen der Demokratie und damit des Staates beiträgt. Da die Jugend aber die Trägerin des Staates in der Zukunft ist, gilt es heute schon, sie an die Gegenwartsprobleme heranzuführen und verantwortlich zu beteiligen. Dazu gehört, daß man der Jugend den erforderlichen Platz in den Parlamenten der Gemeinden, Kreise und Länder einräumt, denn je rascher die Jugend zur positiven Arbeit in der politischen Gestaltung gelangt, um so rascher wird sich die Verjüngung der Parlamente vollziehen. — II.

Unterricht im Zeitgeschehen

Ein neues Schulfach in Berlin

Seitdem die Schulen wieder in Gang gekommen sind, ist in fast allen Fächern der Unterricht wieder aufgenommen worden. Aber ein Unterrichtsfach ist vorläufig, wenigstens in den westlichen Sektoren Berlins, noch nicht wieder zugelassen, nämlich Geschichtsunterricht, weil noch keine Einigung darüber hat stattgefunden können, in welcher Form dieser Unterricht erteilt werden soll. Dafür aber gibt es im amerikanisch-englischen Sektor Unterricht im Zeitgeschehen, einen sehr nützlichen und ergiebigen Unterricht, wenn man ihn nur richtig in Angriff nimmt. Man muß nicht unbedingt Historiker sein, um einen lebendigen und ansprechlichen Unterricht im Zeitgeschehen geben zu können, aber man muß den Weg finden, um die Schüler zu einer wirklichen, lebhaften Anteilnahme an dem gegenwärtigen Geschehen zu erwecken.

Ich möchte einmal schildern, wie man das machen kann und wie wir es tatsächlich an einer Schule im amerikanischen Sektor eingeführt haben. Mehr als in anderen Fächern sollten in diesen Stunden die Schüler selbst den Stoff des Unterrichts beibringen. Zu Anfang des halben Jahres wird zunächst einmal besprochen, welche Zeitungen regelmäßig gelesen werden müssen und welche Schüler die einzelnen Zeitungen oder Zeitschriften zu lesen übernehmen. Es versteht sich, daß die Parteizeitungen aller vier Parteien dabei sind, dann aber auch die wichtigsten, nicht parteiisgebundenen Zeitungen, einige Blätter, die nicht in Berlin herauskommen und eine Reihe wichtiger Zeitschriften. Von den drei Stunden jeder Woche wird eine einem Wochenüberblick gewidmet. Da berichtet jeder, der etwas zu berichten weiß, über interessante Vorgänge, über die er in den letzten Wochen etwas gelesen hat, sei es nun über Ausschreitungen in

Indien oder über eine Ansprache von General de Gaulle, über neue Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan oder die Schritte des kommunistischen internationalen Informationsbüros.

Die beiden übrigen Wochenstunden dienen einer mehr systematischen Durchmusterung aller Probleme der Gegenwart. Einer trägt über Schulreform vor, ein anderer über die Organisation der UN, auch die Entnazifizierung und die Währungsreform werden nicht vergessen. Außer den eigentlichen Unterrichtsstunden dient aber noch eine andere Einrichtung dieser Unterweisung. Einmal im Monat besuchen wir eine öffentliche Veranstaltung, sei es eine Gerichtsverhandlung, eine Sitzung des Bezirksparlamentes oder eine Sitzung des Stadtparlamentes. Mitglieder der vier Militärregierungen halten uns Vorträge über die Verfassungseinrichtungen ihrer Länder, und zum Schluß ziehen wir einen Vergleich.

So eignet sich dieser Unterricht wie kaum ein anderer dazu, die jungen Leute für die Aufgaben des politisch aufgeweckten Staatsbürgers zu erschließen, und es wäre sehr zu bedauern, wenn dieser Unterricht wieder verschwände, wenn der Geschichtsunterricht älteren Stiles wieder einsetzen kann.

Kein Zweifel, daß auch der gründlichere Geschichtsunterricht seine Wichtigkeit und seine Stelle im Schulganzen hat. Wer aber einmal mit diesem neuen Unterricht Erfahrungen gemacht hat, wird ihn nur ungern missen. Ist es für unsere Schüler nicht wirklich wichtiger zu wissen, welche Gründe es für und gegen die Einheitswährung gibt, welche Rechte die Bezirksverordnetenversammlung hat und welche Rechte dem Stadtverordneten zukommen, als wann Cäsar den Rubikon überschritt.

Dr. W. Bloch

Jugend — heute

Vornehmste Aufgabe: Erziehung zu selbständigem Denken

Der militärische Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschlands brachte ebenfalls den Zusammenbruch alles dessen mit sich, woran der junge Mensch in Deutschland glaubte. Die vergangenen drei Jahre der Wiederverbesserung und des Wiederaufbaus konnten in ihm noch kein eigenes Weltbild reifen lassen, da er ja ein politisches Denken gar nicht oder nur einseitig gewohnt war. Der junge Mensch bemerkte in seiner Umgebung keinen sichtbaren Widerspruch gegen das, was ihm gelehrt wurde. Systematisch wurde er, der vom dankenden, reifenden Menschen zur einfachen Nummer degradiert worden war, jedes selbständigen Denkens entwöhnt.

Ein großer Teil der deutschen Jugend rechnet heute mit einem neuen Krieg und glaubt erneut, die eigenen Sorgen und Nöte in einem großen Massensterben billig loszuwerden, ohne zu begreifen, was für Folgen ein neuer Krieg für die ohnehin schon schwer zerstörte deutsche Heimat haben kann und muß. Es ist bedauerlich, daß diese Stellungnahme eines Teiles der deutschen Jugend durch die derzeitige politische Lage noch geschürt wird. Der Kontrast West gegen Ost wirkt auf den Teil der deutschen Jugend, der sich friedlichen Zielen zugewandt hat, völlig deprimierend. Die Möglichkeit einer deutschen Einheit, die der deutschen Jugend ganz besonders am Herzen liegt, ist durch diese entgegengesetzte Beeinflussung des Volkes in nebelhafte Ferne gerückt.

Ein weiterer bedeutender Faktor, der die Situation der deutschen Jugend weitgehend, und zwar im negativen Sinne beeinflusst, ist die verschiedenartige soziale Lage, die den jungen Menschen in Deutschland heute umgibt oder in die er nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft gerät. Während der eine Heimkehrer seine Heimat, abseits der Großstadt, in blühendem Frieden und unzerstört wiederfindet, erwartet den andern das zerstörte Elternhaus, dessen Anblick und die daraus entstehende psychische Niedergeschlagenheit ein Mehrfaches dessen bedeutet, was er draußen im Kriegsgelümmel erleben und mitmachen mußte. Das Schicksal von tausenden heimatlosen jungen Menschen ist unbeschreiblich und endet meistens auf der schiefen Ebene des Verbrechens. Kein Wunder, wenn man heute fast überall von einem Steigen der Jugendkriminalität spricht. Oft werden die jungen Heimkehrer von Ort zu Ort verwiesen und nirgends finden sie ein Heim, geschweize denn eine Aufenthaltsgenehmigung. Mit ihr steht und fällt aber auch die Möglichkeit zur Erlangung einer Arbeitstätigkeit und der damit verbundene legale Broterwerb. Bis zur Währungsreform bestand im großen Stille der schwarze Markt, der als illegale Einrichtung dem illegalen Menschen auch einen illegalen Erwerb sicherte. Ich will hier nicht mißverstanden werden, denn ich befürworte den schwarzen Markt keineswegs, aber ich möchte diejenigen rechtfertigen, die sich in ihrer Not diesen Geschäften verschrieben. Einem Staat, der dem Menschen einen legalen Aufenthalt verweigert, müssen wir das Recht absprechen, diesen Menschen dann zu verdammern, wenn er in seiner Not seinen Existenzkampf auf verbotene Weise aufnimmt.

Mit der Währungsreform steht die Erziehung von sparsamen jungen Menschen mit der bitteren Not auf gleicher Stufe. Es gibt wieder Kleidungsstücke, es gibt wieder Bücher, und zwar gute, nicht nur Broschüren; was aber fehlt, ist das Geld, um diese Dinge erwerben zu können, die die Jugend teils aus materiellen, teils aus bildenden Gründen dringend benötigt.

Und trotz alledem: Die Jugend lebt. Wenn auch nicht so, wie es unserer Zukunft wegen zu wünschen wäre, aber vielversprechende Ansätze sind allwärts zu finden. Es würde zu weit führen, Einzelheiten aufzuzählen. Viele Stellen kümmern sich um die Jugend. Von allen Seiten wird an die Jugend herangegangen. Es gilt, die Jugend zu erziehen, und zwar nicht zu willenlosen Werkzeugen, sondern zu frei denkenden Menschen. Das mögen sich alle die zu Herzen nehmen, die sich mit der Jugendfrage beschäftigen.

Hansjörg Weisenburger

AM RANDE NOTIZ

Der Geist ist billig. Die Studentenschaft der Berliner Universität gestellte in einer Flugzettel die Mittelände an ihrer Hochschule; unter anderem heißt es darin: In einem Dreiwöchigen-Monats-Kursus werden auf einer Parteihochschule der SED in Kleinmachnow Professoren jubiliert. 23 Unions- und Kommunisten bezeugten unter Anführung von Professor Steiniger, Professor Baumgarten und Professor Wolf ihre Vorlesungen für das nächste Wintersemester auszuarbeiten. Vergütung hierfür: 300 TM (Tapetenmark), Lebensmittelkarte 1, ein Stalinpokal. Bei einer Führung durch einen landeseigenen Betrieb in Badlin wurde im Journalismus ein japanischer Aktivist vorgestellt, der durch eine Erhebung seiner Firma jährlich 12 Millionen Mark Produktionskosten erspart. Nach seiner Behauptung gefragt, antwortete er: „Ich erhielt eine Prämie von 10 Mark, von der 2 Mark Steuern abgezogen wurden, und einen Bonuschein für einen Anzug.“ Als ein westdeutscher Journalist die Bemerkung fallen ließ: „Das wäre der Betrag dem Erfinder als Teufelchen 10% der eingesparten Summe zahlen, also 13 Jahre lang jährlich 130.000 Mark“, wurde die Führung vorzeitig vom Betriebsführer abgebrochen.

Das kleinere Übel. Nachdem Präsident Truman angekündigt hat, daß verheiratete Männer in den USA nicht zum Militärdienst herangezogen werden sollen, ist die Heiratstilfer in Amerika sprunghaft in die Höhe gestiegen. In Brooklyn war der Andrang vor dem Standesamt so groß, daß die Polizei einschreiten mußte.

Ethnologisches Problem. Die Universität in Boston hat eine behauptungswissenschaftliche Fakultät einberufen. Die Fakultät besteht aus 12 Mitgliedern, die mit Erziehung eine höhere Schule besuchen haben, können sich immatrikulieren lassen, um sich in einem Studium von 6 Semestern gründende Kenntnisse in Ethnologie, Hauswirtschaft, Kugelkugeln u. a. Sphären anzueignen. Sie sollen hierdurch theoretisch für das Leben eines Ehe- und Hausfrau vorbereitet werden. Das Studium schließt mit einem Examen ab, nach dem die Mitglieder, die es bestanden haben, den akademischen Grad einer „certified bride“, einer geprüften Braut, erhalten.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Das Ruhrgebiet des Ostens

Im Westen Deutschlands nimmt der Streit um das Ruhrgebiet seinen Fortgang. Die Frage, ob es unter alliierter Kontrolle oder im Rahmen des Marshall-Plans unter deutscher Aufsicht arbeiten soll, steht noch offen. Es wird wohl auch noch viel Wasser den Rhein herunterfließen, bis dieses Problem ein befriedigendes Lösung entgegensteht. In der Zwischenzeit vollzieht sich, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt und hinter dem „Eisernen Vorhang“ gut versteckt, eine gewaltige Zusammenfassung mehrerer bis dahin unabhängig voneinander existierender Industriegebiete. Das ehemalige Oberschlesien mit seinen zahlreichen auf das modernste ausgestatteten Kohlen- und Erzgruben, die — was das Wichtigste ist — vom Krieg fast unzerstört blieben, und die Industriezentren im nördlichen Mähren und um Dombrowa-Soosowice werden z. Zt. koordiniert. Die enge Zusammenarbeit der polnischen und tschechoslowakischen Regierungen, deren Ziel der Aufbau eines „Osteuropäischen Ruhrgebietes“ ist, trägt bereits seine Früchte.

Voraussetzung für die praktische Durchführung eines derartigen Projekts ist neben einer Gleichhaltung aller mit dieser Aufgabe betrauten staatlichen Stellen die Heranschaffung des zum Auf- und Ausbau benötigten Materials. Schon Kriegsende hat der schwedische Export von Eisenerz stetig zugenommen. In den letzten Monaten erreichte er mit 1 Mrd. Tonnen monatlich (gegen nur 5-600 000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres) Rekordhöhe. Fast ein Drittel des schwedischen Eisenerzes aber geht nach Polen und der Tschechoslowakei. Alles dient zur Verwirklichung der großangelegten Industriepläne beider Staaten, soll doch das zwischen Kattowitz und Ostrawa gelegene Gebiet zum wichtigsten Versorgungszentrum und Arsenal Ost- und Südosteuropas werden.

Schon jetzt verfügt dieses nach Art der sowjetischen Industriekombinate gebildete Industriezentrum über eine Produktionskapazität, die dem westdeutschen Ruhrgebiet gleichkommt. Doch gehen die eigentlichen Pläne viel weiter. Die neue Ostrava soll möglichst bald eine Leistungsfähigkeit von jährlich 100 Mill. Tonnen Kohle und 10 Mill. Tonnen Stahl erreichen und daneben noch bedeutende Mengen von Elektrizität und Maschinen erzeugen. Die entscheidenden Beschlüsse sind schon vor laugem gefaßt worden. Nun ist auch die Intensivierung des Programms anläßlich der letzten Sitzung des polnisch-tschechoslowakischen Wirtschaftsrates vor einigen Wochen verfügt worden.

Der vom polnisch-tschechischen Wirtschaftsrat ausgearbeitete Plan sieht für die nächste Zukunft folgende Maßnahmen vor: Den Bau von 20 Werken auf polnischem bzw. tschechischem Staatsgebiet, darunter ein riesiges Stahlwerk, verschiedene Gießereien und Elektrizitätswerke. Ein Kraftwerk von 150 000 Kilowatt Leistung wird bei Dwory errichtet und bereits 1950 zu einem Drittel, 1952 aber voll in Betrieb stehen. Die Tschechoslowakei soll Turbinen, Dampfessel, Generatoren und Transformatoren, Polen die Ueberlandleitungen, Schaltstationen und Untertransformatoren liefern. Die bereits bestehenden Elektrizitätswerke und Kokerien werden durch ein Netz von Kraft- und Gasleitungen miteinander verbunden. Praktisch kommen diese Maßnahmen auf eine Fusion der Wirtschaftssysteme beider Staaten heraus.

Von polnischer Seite werden zur Erreichung dieses Zieles Neuinvestitionen in Höhe von etwa 20 Mrd. Zloty geplant. Auch die Tschechoslowakei beteiligt sich mit großen Beträgen an dem Ausbau der gemeinsam bewirtschafteten Industriegebiete. Der bisher wichtigste Schritt in dieser Richtung wurde von ihr durch die Errichtung einer tschechischen Freihafenzone in Stettin unternommen. Die Prager Regierung beabsichtigt dort einen großen Hafen zu bauen. Schon haben die Tschechen begonnen, ihren Verkehr von der Elbe und dem deutschen Kanalnetz nach der Oder zu verlegen. Ihre Absicht ist, den Verkehr über Hamburg ganz einzustellen, wenn die Bildung des deutschen Weststaates Wirklichkeit wird. Der Anfang wurde bereits mit einer umfassenden Kanalisierung des oberen Oderlaufes und dem Bau einer „Nord-Süd-Achse“ von Eisenbahnen, Autostraßen und Kanälen zwischen der Ostsee und dem Adriatischen Meer gemacht. Dieses Projekt sieht u. a. zwei doppel-spurige Bahnhöfen von Stettin und Gdynia-Danzig nach Kattowitz vor, von wo eine weitere Strecke durch die Tschechoslowakei, Westungarn und Jugoslawien nach Triest und Fiume führen soll, einen Donau-Oder-Kanal sowie eine polnische Autobahn über Bratislava nach dem Balkan, vor. Einsteuwillig stehen diese Pläne infolge Mangels an Kapital, Arbeitskräften und Maschinen nur auf dem Papier. Aber es besteht kein Zweifel darüber, das sowohl Polen wie die Tschechoslowakei

als auch namentlich die Sowjetunion an ihrer Verwirklichung lebhaft interessiert sind. Bei einer Teilung Deutschlands müßte noch damit gerechnet werden, daß auch das sächsische Industriegebiet in das polnisch-tschechoslowakische Industriegebiet eingegliedert werden wird.

Offizielle polnische und tschechische Erklärungen begründen die praktische Verwirklichung dieser Pläne und ihre enge wirtschaftliche Zusammenarbeit damit, daß sie sich ein Gegengewicht gegen den „imperialistischen Druck von Westen“ schaffen müßten. Die kommunistische Propaganda behauptet darüber hinausgehend noch, daß das neue Industriegebiet im Oderbecken als Antwort auf Amerikas und Englands „deutschen Brückenkopf für den zukünftigen Angriffskrieg“ gedacht sei. Tatsache ist, daß die eigentliche treibende Kraft hinter dem enormen polnisch-tschechoslowakischen Industrieprojekt die Sowjetunion ist. Ihr allein ist daran gelegen, den Ostblock wirtschaftlich selbständig zu machen und militärisch zu stärken. Gewiß hat sich bis jetzt immer wieder herausgestellt, daß fünfjähriges und ähnliche Pläne der Staaten hinter dem Eisernen Vorhang nie in der Praxis das gesteckte Ziel erreichen konnten. Aber eine gewisse Schwungkraft lassen die Pläne und Ausführungen im Osten nicht vermissen. In wenigen Jahren dürfte die Ruhr des Ostens — trotz allem die Ruhr des Westens weit hinter sich lassen. Die Frage bleibt allerdings, wem letzten Endes damit gedient sein wird.

Dr. W. Hempel

Die Preise der deutschen Kraftfahrzeuge

II *		Elektron-Kraftfahrzeuge	
Motorräder		M E (Maschinenfabrik Esslingen)	
Triumph B 125 125 ccm	DM 840.—	Elektrolastwagen 3 t EL 3001	DM 19.000.—
Triumph HD 250 250 ccm	DM 1127.—*)	Führerstellkarren 1,5 t FK 1500	DM 8.000.—
U T K 125 125 ccm	DM 930.—	Führerstandkarren 2 t EK 2002	DM 6.500.—
*) z. Zt. nicht lieferbar.		Führerstandkarren 3 t K 3001	DM 10.000.—
Lastkraftwagen:		Führerstandschlepper	
Ford G 388 T 4 Zyl. Lkw. „Ruhr“		S 302 4-6 to	DM 5.500.—
Fahrzeuggestell mit Windlauf	DM 9.340.—	Landwirtschaftliche Traktoren usw.	
Fahrzeuggestell mit Fahrerhaus	DM 9.920.—	Böhringer, Gebr. 25 PS UNIMOG-Universalgerät	DM 13.500.—
Fahrzeuggestell mit Fahrerhaus und Holzpritsche	DM 10.800.—	Deuliewag Acker- und Straßenschlepper	DM 11.000.—
Fahrzeuggestell mit Fahrerhaus und motorhydr. Dreiseitenkipper	DM 12.845.—	Eicher 22 PS Diesel-Traktor	DM 9.300.—
bei 7tcb. Bereifung Mehrpreis DM 157.—		Göldner 28 PS Diesel-Ackerschlepper	DM 9.885.—
G 389 TS Lkw. „Rhein“ V-8-Motor	DM 10.430.—	Mähwerk dazu	DM 500.—
Fahrzeuggestell mit Windlauf	DM 11.040.—	Hannover	
Fahrzeuggestell mit Fahrerhaus	DM 11.890.—	30 PS Straßenschlepper	DM 11.730.—
Fahrzeuggestell mit Fahrerhaus und Holzpritsche	DM 11.890.—	40 PS Straßenschlepper	DM 13.752.—
Fahrzeuggestell mit Fahrerhaus und motorhydr. Dreiseitenkipper	DM 13.490.—	100 PS Straßenschlepper	DM 28.475.—
Büssing — NAG 5 to Fahrzeuggestell	DM 11.160.—	20 PS Bauernschlepper	DM 10.367.—
Omnibus-Fahrzeuggestell	DM 20.300.—	40 PS Ackerschlepper	DM 11.560.—
Krauß-Maffei KMO 130 Omnibus-Fahrzeuggestell	DM 24.800.—	Klöckner-Humboldt-Deutz	
dazu Aufbau v. Jos. Rathgeber ohne Bereifung	DM 22.000.—	11 PS Bauernschlepper	DM 6.850.—
Klöckner-Humboldt-Deutz		dto. mit Mähwerk	DM 7.570.—
3 to Magirus — Diesel S 3000-75 PS mit Fahrerhaus und Pritsche	DM 15.088.—	1 Satz Klappgreifer	DM 900.—
3 to Magirus — Diesel S 3000-75 PS für Kipper und Nebenantrieb	DM 15.085.—	50 PS Universalschlepper	DM 15.700.—
3 to Magirus — Omnibus-Fahrzeuggestell 70 PS	DM 15.431.—	dto. mit Sellwinde	DM 18.900.—
Sämtliche Preise für unbereifte Fahrzeuge dazu 7 l. Bereifung z. Zt.	DM 1.838.50	Lanz, Aulendorf	
*) Vgl. Nr. 71 v. 28. 8. 48 — Stand: Ende Sept.		22 PS Schlepper, ohne Bereif. DM 9.200.—	
		28 PS Schlepper, ohne Bereif. DM 10.120.—	
		Primus	
		22 PS Diesel-Ackerschlepper komplett mit Mähwerk	DM 9.200.—
		Wahl	
		22 PS Bauernschlepper, ohne Bereifung	DM 8.740.—
		Zettlmeyer	
		22 PS Dieselschlepper Typ Z 1	DM 9.300.—
			W. Fuhrmeister

DER SPORTBERICHT

Können Offenbacher Kickers Tabellenführung halten?

Nimmt Tübingen seine große Chance wahr? — Stolperl einer der drei nord-badischen Spitzenreiter? — Sichere Heimspiele für Süd-Badens Spitzenmannschaften

Für die Freunde des Fußballs beginnt am Sonntag Württemberg-Baden, in Süd-Baden bedarf es noch der Billigung des Landtages) sind sämtliche Spiele dazu angehen, sich über den Ausgang mehr denn je den Kopf zu zerbrechen. Wer will mit berechtigter Zuversicht den Ablauf der Spiele abschätzen? Das Spielvermögen der einzelnen Mannschaften ist noch zu wenig abgeklärt, als daß nicht außerordentliche Reiter für sogenannte Uebertrassungen sorgen werden.

Oberliga Süd:
Für den deutschen Fußballmeister 1. FC Nürnberg wird es reichlich Zeit, endlich zum ersten Sieg zu kommen. In Nürnberg sollte es dem „Club“ zu einem sicheren Sieg über den Frankfurter reichen. Im Süden sorgt im übrigen die Kampfkraft der reisenden Mannschaften für die notwendige Zugkraft der Paarungen. Vor allem den Offenbacher Kickers traut man eine Verteidigung der führenden Position bei den Augsburger Schwaben zu. Offenbach war in der letzten Zeit ein beliebtes Sammelbecken für Spieler, die sich eine Zukunft ausrechnen, und das in die Verträge gesteckte Geld schenkt sich bezahlt zu machen. Es spielen:
1800 München — BC Augsburg
FC. Bielefeld — VfB. Mühlburg
FC. Nürnberg — FV. Frankfurt
Stuttgarter Kickers — Dlm 46
Eintracht Frankfurt — Bayern München
Schwaben Augsburg — Kickers Offenbach
SV. Waldhof — VfB. Stuttgart
FC. Schweinfurt 05 — VfB. Mannheim

Oberliga West:
Im Westen wird nur ein ausgefallenes Spiel nachgeholt. Da sich mit Alemannia Aachen und Rotweil Essen zwei bisher verlustpunktfreie Vereine gegenüberstellen, ist eine Klärung zu erwarten. Die Essener sind dank der Durchschlagskraft ihres Sturmes auch am Tivoli in Aachen nicht ohne Chance, und es fragt sich nur, wie weit der „eisernen“ Reinhold Münzberg den württembergischen Gottschalk zu stoppen vermag.
Alemannia Aachen — Rotweil Essen

Oberliga Nord:
Auch der Norden hat nur drei Spiele vorgegeben. Nach den unterschiedlichen Leistungen des Hamburger SV, ist sein Treffen mit Werder Bremen durchaus offen. Es spielen:
Hamburger SV. — Werder Bremen
FC. St. Pauli — Concordia Hamburg
Borner SV — Elmshöfen.

Zonenliga (Gruppe Nord):
In der Zonenliga steht in der Gruppe Nord die Walter-Elf von Kaiserslautern mit 21,1 Toren und 4 Punkten schon wieder souverän an der Spitze der Tabelle. Auch in Neustadt wird es nur darum gehen, wie viele Tore die Pfälzer markieren werden. Sportlich wertvoller ist die Begegnung zwischen Neundorf und Wormatia Worms, und dabei spricht der Platzvorteil für die Gaudel-Elf.
Neustadt — Kaiserslautern
Neundorf — Worms
Eintracht Trier — Pirmasens
Oppau — Ludwigshafen
Weinheim — Mainz
Andernach — Trier/Körsch

(Gruppe Süd):
In der Gruppe Süd liegen zwei Mannschaften an der Spitze, deren Punkterfolg größer ist, als die

Unsere Fußballrundscha

Torbüchrigs Saarbrücker an dritter Stelle
Der 1. FC Saarbrücken setzt in der zweiten Division seinen brillanten Siegeszug fort, so schrieb kürzlich die führende französische Sportzeitung „L'Equipe“. Tatsächlich haben die Saarländer ihre knappe 1:1-Niederlage in Bordeaux schnell wendigt, und im Heimspiel gegen Valenciennes erzielten sie mit 3:0 den bisher höchsten Sieg der Runde. Im Toregebnis rangieren sie mit 23 Treffern nun klar an der Spitze, und in ihrem Ehrgeiz, der erfolgreichste Angriff in ganz Frankreich zu sein, werden sie gegenwärtig nur von dem Tabellenführer der ersten Division, Marseille, mit 27 Toren übertrifft. Saarbrücken konnte seine Mannschaft erneut verstärken, nachdem der repräsentative Mittelfeldspieler Morvan von VfB. Neunkirchen einen Berufungsbescheid für den 1. FC. unterschrieben hat.

„Ein Anfang muß gemacht werden“
„Ein Anfang muß gemacht werden, es ist höchste Zeit dazu“, so kommentiert der Züricher „Sport“ die deutsch-schweizerischen Fußballspiele am 18. Oktober. Man hört aus der Schweiz, daß die Anteilnahme an dieser Wiedereröffnung des Spielverkehrs mit den Deutschen, die außerdem wöchentlich sechs gefunden hat. Obwohl am gleichen Tage auch das Länderspiel Schweiz — Tschechoslowakei vor sich geht, häufen sich die Anmerkungen von Schachbamburnern, die mit Sonderzügen und Reisevereinigungen nach St. Gallen, Karlsruhe und München kommen wollen. Schweizer Sportjournalisten ha-

Zahl der erzielten Tore ihrer Stürmerreihen: Tübingen 38 Tore, 4 Punkte und VfL. Freiburg 20 Tore, 4 Punkte. Ein Zeichen starker Abwehrreihen, die am kommenden Sonntag in keineswegs leichten Heimspielen erneut bestehen müssen. Meiner Ansicht hat keinen leichten Gang vor sich. Wir erwarten ein lausches Treffen, das den Männern vom See die ersten Punkte bringen dürfte.

Tübingen — Fortuna Freiburg
VfL. Freiburg — Singen
Biberach — Schwenningen
Friedrichshafen — Rastatt
Villingen — Konstanz
Offenburg — Neutlingen

Landesliga Nord-Baden:
Die drei Spitzenreiter haben in Viernheim, im Friedrichshafen und bei Pfinx Karlsruhe schwierige Auswärtsspiele zu absolvieren. Doch glauben wir, daß eine wesentliche Änderung dieses Brust-an-Brust-Rennens erst dann eintreten wird, wenn das Dreigestirn, Durlach, FCP, Neckarau, selbst miteinander zu tun bekommt.

Der Torhüter Kiker von Schalk 04 hat beim letzten Freundschaftsspiel der „Knappen“ in München einen so vorzüglichen Eindruck hinterlassen, daß ihn der TSV 1860 München für die neue Spielzeit verpflichtet. Kiker hat sich bei den Münchener „Löwen“ angenommen und bereits ein Training bei seinem neuen Verein aufgenommen. Der Ex-Schalker bedeutet für 1860 München eine wesentliche Verstärkung.

Regeländerung im Handball nicht erforderlich
Der Vater des deutschen Handballsports, Schellenz, ist von seinem vierwöchigen Aufenthalt in der Schweiz nach Deutschland zurückgekehrt. Er war des Lobes voll über die ihm dort erwiesene Gastfreundschaft. In dieser Zeit machte er auch zum ersten Male Bekanntschaft mit der neuen internationalen Abspielregel, die dem Fußball-Abseits entspricht. Er erklärte am Mittwoch einem Pressevertreter gegenüber in Hamburg, daß wenn diese Regel wieder fallen lassen wird und waschichtig, in Zukunft überhaupt ohne Abspielregel zu spielen. Schellenz ist der Ansicht, daß wir zweckmäßig solange bei unserer altbewährten Regel bleiben sollten, bis mit einer anderen Abspielregel die nötigen Erfahrungen gesammelt worden sind.

Unsere Wirtschaftsglosse:

Wohin „steuern“ wir . . . ?

Die Finanz-Experten aller deutschen Länder sehen schon lange den blanken Boden ihrer Staatskassen durchschimmern. Das dritte Währungsgesetz verfügte einfach einen dürftigen Haushalt für die Tricenten-Länder und dachte nicht daran, den höchlich betroffenen Geldarten einen Leitfaden dazu an die Hand zu geben. Westdeutschlands Bewohner haben außerdem seit dem 30. Juni bemerkt, daß man für D-Mark bedeutend bessere Dinge kaufen kann, als ausgerechnet Steuercheine.

Nun blättert die öffentliche Hand in alten Gesetzbüchern, um das Verordnungsfall unter Art. 109 des Grundgesetzes anzuheben. Bei den geschichtlichen Forschungen kam allerdings ans Tageslicht die Schlachtsteuer, die über 10 Jahre vergessen, und die Bürgersteuer sollten wieder eingeführt werden. Auch eine Kopfsteuer nach dem Vorbild afrikanischer Buscheger ist bereits spruchreif.

Andere Finanzleute lassen sich mit neuen Einfällen segnen. Von ihnen wird vorgeschlagen, alle entbehrlichen Güter, wie Radioapparate und Uhren, in den Kreis der Steuererhebung einzubeziehen. Auch eine Mietsteuer durchsuchte die Gehirne der plebsfürchtenden Staatsleute, die damit auch die Fliege „Wohnungsnot“ tötchen wollen. Die beste Idee hatte jedoch zweifellos das kleine Städtchen Rothenburg ob der Tauber. Dort werden die Hochantennen versteuert.

Nun ist es aber mit den Steuern wie mit der Bewirtschaftung. Alle Gegenstände, die aus diesem Anlaß in den amtlichen Verzeichnissen erscheinen, verschwinden mitternachts ordentlich rasch aus der Öffentlichkeit. Man hat ein Rothenburger Radiohörer hat sich schnell auf Zimmerantenne oder Wasserleitung umgestellt und lacht sich in das D-Mark-leere Pflüchten. In Italien, wo alle wesentlichen Wagen mit ansässigen Abgaben belegt werden, ziehen die müden Esel über noch einsache Karren. In manchen Teilen Frankreichs rutschen alle Fenster nach der Hinterfront der Häuser, weil sie sich auf der Straßenseite nicht ohne Abgabe von Francs für die Stadtkasse zeigen dürfen.

So wird es gar nicht weiter auffallen, wenn sich die Armband-Uhr-besitzer in Deutschland das Chronometer demnächst ums Bein binden, um es dadurch den steuerlichen Blicken zu entziehen. Die Radiogeräte werden dann wohl ausnahmslos unter die Betten gestellt und der Rundfunk hat sich ohne Hörergeräusche abzuspielen. Bei einer Schlachtsteuer würden sich die Landwirte vor dem ausschließlichen Anbau von Hackfrüchten umstellen. Bei einer Kopfsteuer dagegen gäbe es in Deutschland nur noch Finanzleute.

Denn gerade unsere Währungs-Politiker haben durch ihre Pläne und Anordnungen den katastrophalen Mangel dieses wichtigen Körperteils sinfälliger genug demonstriert. R.

Bevorstehende Freigabe weiterer Hotels im Schwarzwald
Freiburg: Im Zusammenhang mit der Hotelfreigabe durch die Besatzungsmacht im süd-badischen Fremdenverkehrsgebiet wird bekannt, daß ab 1. Dezember auch die beiden größten Hotels „Halde“ und „Burggraf“ auf dem Schauenland bei Freiburg für deutsche Gäste wieder geöffnet werden sollen. Im Hinblick auf die Saisonalität des kommenden Winters bedeutet diese Freigabe eine willkommene Erweiterung der Uebernachtungs- und Unterfrühmöglichkeiten im südl. Schwarzwald.

VfB. Pforzheim — TSV. Schwetzingen
ASV. Feudenheim — Spvgg. Sandhofen
Amicitia Viernheim — VfL. Neckarau
VfB. Knielingen — Germania Brötzingen
Pfinx Karlsruhe — ASV. Durlach
Germania Friedrichshafen — FC. Pforzheim

Landesliga Süd-Baden:
In der Landesliga Süd-Baden würde schon der Teilfolge einer reisenden Mannschaft eine große Uebertrassungen bedeuten. Sichere Siege aller Heimmannschaften sind zu erwarten, und es handelt sich nur darum, wo das größte Schützenfest gefeiert wird.
Baden-Baden — Engen
Lahr — Gutach
Rheinfelden — Emmendingen
Ottensau — Sobopheim
Stodach — Kuppenheim

Handball
Zonenliga (Staffel Baden):
Lahr muß zum zweiten Male innerhalb weniger Wochen nach Haugingen fahren. Es wird auch diesmal kaum zu einem Sieg reichen. Auch Offenburger und Brombachs Aufgaben erscheinen nicht erfolgversprechend. Schutterwald wird seine Tabellenführung gegen die spielfreien Lärcher zu festigen wissen.
Haugingen — Lahr
VfL. Freiburg — Offenburg
Teningen — Brombach
Zähringen — Schutterwald

Landesliga Nord-Baden:
Die führende Position des TSV. Rot ist insofern gefährdet, als er hintereinander zwei schwere Auswärtsspiele in Weinheim und Neckarau ausstehen hat. Die mittelbadischen Mannschaften begreifen noch am Tabellenende, obwohl sich ihr Widerstand wesentlich verstärkt, zwar wird Birkens um eine deutliche Niederlage nicht bangen kommen, doch trauen wir den Birkensheimern die ersten Punkte auf eigenem Platz zu.
TUS. Birkensheim — TSV. Bludenz
SG. St. Leon — SKG. Birkenau
TSV. Bretten — VfL. Neckarau
Weinheim 02 — TSV. Rot
SV. Keitach — SV. Waldhof

Landesliga Süd-Baden (Gruppe Nord):
Schwabach — Niederbühl; Böhl — Eigersweier
Schuttern — Baden-Baden; Steinbach — Holweiser
Gaggenau — Altheim.
(Gruppe Ost):
Singen — Donaueschingen; Konstanz — Radolfzell; St. Georgen — Gimmeldingen; Schlittach — Ueberlingen.

Rings um's Münster



FREIBURGER CHRONIK

Markenfreie Fleischgerichte

Seit einiger Zeit wird die Freiburger Öffentlichkeit mit der Frage der freien Abgabe bewirtschafteter Nahrungsmittel, zumal der Fleischgerichte, in den Gaststätten beschäftigt. Wir berichteten kürzlich von der Sitzung des Gaststättenverbandes in Freiburg, in der die Presse von den Gründen dieser Pioniertat für den Abbau der Zwangsverpflichtung erfuhr. Das Ernährungsministerium konnte nicht umhin, hierauf mit einer geharnischten Erklärung zu antworten, die den in Frage kommenden Gastwirten sogar gerichtliche Strafen androhte. Inzwischen hatte sich auch der Fremdenverkehrsverband der dringlichen Frage angenommen (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe über die Besprechung in Titisee) und diese im Sinne der Auffassung des Gaststättenverbandes beantwortet. Trotz dieser einmütigen Haltung der Berufsorganisationen hielten es die Vollzugsorgane der Kommandowirtschaft vor einigen Tagen für notwendig, zwei Freiburger Gaststätten, die markenfreie Fleischgerichte abgegeben hatten, vorübergehend zu schließen. Bei den beanstandeten Häusern handelte es sich um äußerst anständige, seriöse Betriebe, die in der Stadt einen außerordentlich guten Namen besitzen. Es war zu begrüßen, daß der Stadtrat in seiner Dienstagsitzung den Fall aufgriff, so daß nunmehr die Öffentlichkeit erfahren konnte, wer rücksichtslos für die Zwangswirtschaft und wer fortschrittlich für eine Normalisierung der Verhältnisse eintritt. Vor allem waren es die Demokraten, die (wie aus unserem heutigen Sitzungsbericht hervorgeht) die Sache der Gastwirte zu ihrer machen und, dem Zuge der Zeit folgend, für den Abbau der gelenkten Wirtschaft plaidierten. Damit bekannten sie sich auch zur Bedeutung des südbadischen Fremdenverkehrs, der ohne die weitestgehende Handlungsfreiheit der Gastbetriebe keineswegs vorangetrieben werden kann. Im Gegensatz zu dem energisch vertretenen, progressiven Standpunkt der DP stand die Ansicht des SP-Stadtrats Martzloff, der sich grundsätzlich gegen die Maßnahmen der Gastwirte sperrte, sowie des CDU-Landwirtschaftsministers, der — wie man erfuhr — mit den Scheuklappen seines Ressorts erklärte, Fremdenverkehr interessiere ihn nicht, und sich damit brüsk einem unserer wichtigsten Wirtschaftszweige verschloß.

Kleiderspenden der Norwegischen Europahilfe

Die Norwegische Europahilfe hat in hochherziger Weise für die notleidende Freiburger Bevölkerung eine namhafte Kleiderspende zur Verfügung gestellt. Diese Spende gelangt über die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Verteilung. Die Stadtverwaltung spricht der Norwegischen Europahilfe für diese Spende den wärmsten Dank aus.

Aus den Nachbarkreisen

Riegel. Während einer Bürgermeistertagung des nördlichen Kaiserstuhls wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Herbstbeginn auf den 5. Oktober für sämtliche Gemeinden des unteren Kaiserstuhls festzulegen.

Waldkirch. Vor den Mitgliedern des Kneippvereins Waldkirch sprach Bademeister Wucher in längerer Ausführungen über das Thema „Lange Leben und gesund bleiben“. — Eine willkommene Abwechslung für die Insassen des Krankenhauses bot der Musik- und Gesangsverein „Arlon“ durch ein gut gewähltes Liedstündchen, das dankbare Aufnahme fand.

Untersimonswald. Dieser Tage wurde ein komplettes Kleid der Simonswälder Heimatstadt von Frau Dr. Rosa Kohler geb. Kienzler aus Chicago (USA) in ihren Geburtsort zurückgeschickt. Mit diesem Trachtenkleid, das Frau Dr. Kohler im Jahre 1932 von der Trachtenbäuerin Theresia Krieg anfertigen ließ, wurde in Chicago der erste Preis erzielt. Es bestand aus Samtschuhen, blauem Rock, gelber Schürze, Linnenhemd mit Puffärmeln und weißem Strohhut. Für die Würdigung der Heimatstadt hat der Heimat- und Trachtenverein Simonswald herrliche Grüße der Preisträgerin übermittelt und sie als Ehrenmitglied aufgenommen.

Breisach. Wie von sachverständiger Seite festgestellt wurde, sind eine Anzahl Obstbäume vom Borkenkäfer befallen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird durch eine Kommission bestimmt, welche Bäume zu entfernen sind.

Müllheim. Das Jugendbildungswerk beabsichtigt im Winterhalbjahr einen englischen Sprachkurs für Anfänger durchzuführen. Interessenten wollen sich auf dem Kulturamt des Landkreises Müllheim schriftlich oder mündlich melden (Landratsamt, Zimmer 14).

Schlengen. Auf der Straße nach Auggen fuhr ein Leichtmotorrad auf einen plötzlich stoppenden Personenwagen auf. Der Motorradler wurde leicht verletzt.

Die Quäker in Freiburg

Die „Freunde“ bekennen sich zum Persönlichkeitswert — Ihre Hilfe bleibt unvergessen

In den Tagen vom 4. bis 8. Oktober gelangt eine neue Quäkerspende zur Verteilung. In diesem Zusammenhang veröffentlichten wir nachstehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit der Quäker in Freiburg.

„Unsere Tätigkeit kennt keine Grenzen der Länder, der Religionen und der politischen Ideen. Die Menschlichkeit ist das Prinzip, nach dem wir handeln.“ Mrs. Read, die lebenswürdige Leiterin der Freiburger Quäker, erklärte es uns, als wir sie in der Baracke am Bahnhof Wiehre aufsuchten, wo die Quäkerorganisation ihr Freiburger Hauptquartier unterhält. Die Quäker sind freilich keine Hilfsorganisation im üblichen Sinne. Es sind religiöse Wurzeln, die diese immerwährende Bereitschaft erwecken, zu teilen und zu helfen. Der Kern des Quäkerglaubens, dies will Mrs. Read betont wissen, ist der Glaube an das innere Licht, an den göttlichen Funken, der, wenn auch mitunter scheinbar erloschen, doch in jeder Menschenseele glimmt.

Georg Fox hatte vor dreihundert Jahren in der mittelländischen Kleinstadt Dunkinfield diese Botschaft verkündet; seither hat sie sich in der ganzen Welt durchgesetzt und überall „Freunde“ gewonnen. Die Offenbarung Christi im Menschen — ohne priesterliches Mittleramt — steht im Zentrum des Quäkerglaubens. Quäker, d. h. „Zitlerer“, nannte man daher diese von Gott Erfahrenen, die ihre Religion aus innerer Erfahrung schöpfen. Daher bekennen sich die „Gesellschaft der Freunde“ auch zum Persönlichkeitswert, zum Individualismus, und wendet sich gegen Krieg und Unterdrückung.

Wirksame Hilfe nach zwei Weltkriegen

Es lag nahe, daß sich die Quäker aus dieser Grundeinstellung heraus nach den beiden Weltkriegen für die Kriegsopfer in allen Ländern mildtätig einsetzten. Die heute Vierzigjährigen in Deutschland erinnern sich noch dankbar an die Quäkerleistungen von 1921 bis 1924. Auch nach der Katastrophe von 1945 stellten die Quäker wiederum der deutschen Bevölkerung ihre helfenden Hände zur Verfügung. Wie uns Mrs. Read mitteilt, gründeten sie Hilfszentralen in Darmstadt, Berlin und Frankfurt. In der französischen Zone ließen sie sich in Ludwigshafen, Koblenz und Freiburg nieder.

Seit der Einrichtung ihres „Teams“ in Freiburg haben die Quäker Zehntausende Lebensmittelpakete an Kinder, Kranke und alte Leute verteilt und Tausende Familien mit Kleidungsstücken versorgt. In der Zeit der größten Lebensmittelmangel beschränkten sie die Freiburger mit Weizenflocken, Vollmilch- und Schokoladepulver, Margarine, Zucker und anderen Kostlichkeiten. Besonders dank verdient die Unterstützung, die die Quäker in unermüdlicher Hilfsbereitschaft den Kindern zuteil werden ließen, die

ohne diesen großzügigen Einsatz der „Freunde“ in ihrer Entwicklung zurückgeblieben wären. Mit gleicher helfender Bereitschaft setzte sich die Quäkerorganisation für werdende und stillende Mütter ein, auch linderte sie die Not von Ausgebombten, Flüchtlingen und entlassenen Kriegsgefangenen durch Verteilung von Kleidungsstücken.

Quäkerbaracke in der Rempartstraße

Bekanntlich hatten die Quäker auch ein Studentenheim eingerichtet, die Quäkerbaracke in der Rempartstraße, die neben dem inzwischen umgezogenen Newman-Studentenheim der Studentenschaft eine behagliche, von der Atmosphäre weltweiten Wissens erfüllte Unterkunft bot. Neben zahlreichen deutschen Zeitschriften hängen in der Quäkerbaracke, die von Ms. Collins betreut wird, ausländische Journale vom „Figaro“ bis zur „Pravda“ aus; ferner sorgt eine reichhaltige, mehrsprachige Bibliothek für das geistige Wohl der Studierenden. Eine Schuster- und Nähtube dient den praktischen Bedürfnissen der Studentenschaft. Zur Ausführung von Schreibarbeiten stehen Schreibmaschinen zur Verfügung. Vorträge, Musik- und Konversationsabende, gesellige Veranstaltungen und Sprachunterricht geben weiterhin Zeugnis von dem lebendigen Geist, der im Quäker-Studentenheim herrscht.

Für das beginnende Semester ist geplant, 400–500 Studenten täglich ein Frühstück aus Quäkerspenden zu gewähren.

Der Dank der Stadtverwaltung

Seit Monat August, in dem sich unsere Ernährungslage wesentlich besserte, stellten auch die Quäker ihre Hilfe im bisherigen Umfang ein; lediglich an Säuglinge, werdende und stillende Mütter und Kranke werden die bisherigen Spenden weiter verteilt. Oberbürgermeister und Stadtrat sprachen den Freunden damals den tiefempfundenen Dank für die wirkungsvolle Hilfe aus, die der Stadt in den Jahren katastrophaler Ernährungsnot aus Amerika zuteil geworden ist. Die Beschenkten sind sich dessen bewußt, daß es sich bei den Gaben nicht um selbstverständliche Zuteilungen handelte, sondern um Geschenke, die in Amerika aus dem Geiste der Menschlichkeit und oft unter größten Opfern für die notleidende deutsche Bevölkerung bereitgestellt wurden.

Wir freuen uns, daß die Quäker noch immer in unseren Mauern weilen und auch während der Wintermonate, die uns ja noch keineswegs ein normales Leben bescheren, tatbereit zur Seite stehen. Wenn wir in Freiburg die Quäker nie vergessen werden, so geschieht dies nicht nur um ihrer Spenden willen, sondern ebenso sehr wegen ihrer soeltlichen Hilfe und dem Geiste völkerverbindender Freundschaft, den sie uns während der letzten Jahre erwiesen haben. —er.

»Freiburger Gastwirte äußerst fair«

Stadtrat Goldschagg tritt für das Gaststätten-gewerbe ein — Erhöhung der Strompreise

Zu Beginn der Stadtratsitzung vom Mittwoch referierte Oberbürgermeister Dr. Hoffmann über die Ernährungslage. Er äußerte, daß im Oktober 500 Gramm Fett und voraussichtlich 400 Gramm Fleisch zur Verteilung gelangen. Wie der Oberbürgermeister weiterhin berichtete, würden voraussichtlich die Bezugsausweise für Kartoffeln in Einkellerungsscheine umgewandelt. Pro Person könnten 3 Zentner direkt beim Erzeuger beschafft werden.

Der Oberbürgermeister erwähnte sodann die vor einigen Tagen erfolgte vorübergehende Schließung zweier Gaststätten wegen markenfreier Abgabe von Fleischgerichten. Stadtrat Goldschagg (DP) betonte in diesem Zusammenhang, daß man unseren Gastwirten in ihrem Bemühen, den Übergang von der Zwangswirtschaft in die freie Wirtschaft zu erleichtern, nicht entgegenzutreten dürfe. Gerade die Freiburger Gastwirte müßten als äußerst fair bezeichnet werden und seien stets um das Wohl ihrer Gäste besorgt. Im Hinblick auf die markenfreie, etwas verteuerte Abgabe von Fleischgerichten müsse bemerkt werden, daß die Gastwirte lediglich ihre Mehrkosten beim Einkauf des Fleisches in den Nachbarländern verlangten. Auch im Interesse eines unserer wichtigsten Wirtschaftszweige, des Fremdenverkehrs, wäre es ratsam, den Gaststätten gegenüber großzügig zu sein. Oberbürgermeister Dr. Hoffmann teilte die Meinung des demokratischen Stadtrats, indem er darauf hinwies, daß man den Weg zur freien Wirtschaft nicht stören dürfe und daher mit Verwaltungsmaßnahmen vorsichtig sein müsse. Stadtrat Schemenau (DP) erklärte ergänzend, daß man sich in anderen deutschen Städten wie etwa Karlsruhe gleichfalls einer großzügigen Handhabung dieser Frage befleißige.

Im Gegensatz zu dem energischen Eintreten der Demokraten für die Belange der Gastwirte äußerte Stadtrat Martzloff (SP) Bedenken hinsichtlich der allgemeinen Fleischversorgung, obwohl es bekannt ist, daß das von den Wirten ausgegebene Fleisch aus Württemberg und Bayern stammt, wo man sich bereits einer reicheren Fleischproduktion erfreut. Bürgermeister Dr. Brandel erwähnte, daß Landwirtschaftsminister Kirchgässner hinsichtlich der im Interesse des Fremdenverkehrs von den Gaststätten gewährten Erleichterungen zu Bürgermeister Schneider, Konstanz, gesagt habe, Fremdenverkehr interessiere ihn nicht (!).

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde vom Stadtrat die Frage des Neubaus einer

Straßenbahnwagenhalle behandelt. Nach eingehender Debatte erwog man, eine Holzkonstruktion zu wählen, die von einer Freiburger Spezialfirma in Angriff genommen werden solle. Wie der Oberbürgermeister erklärte, besitze die Firma die notwendige Kapazität, den Bau in verhältnismäßig kurzer Zeit durchzuführen. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten trat besonders Stadtrat Schemenau für das vorgesehene Projekt ein, da dadurch dem Freiburger Handwerk eine lobnende Arbeitsmöglichkeit geboten würde. Als man von verschiedener Seite wünschte, den ganzen Fragenkomplex nochmals an den Bauausschuß zurückzuverweisen, wies Stadtrat Schemenau darauf hin, daß eine Verzögerung nur zu einer weiteren Schädigung der unter freien Himmel untergebrachten Wagen führe. Der Stadtrat entschied sich schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und eines CDU-Angehörigen, die Holzkonstruktion in Angriff zu nehmen.

Hinsichtlich des Umbaus von Straßenbahn-anhängerwagen unter Verwendung vorhandener Fahrgestelle beschloß man, zunächst einen Musterwagen in München mit einer neuen Karosserie versehen zu lassen. Stadtrat Schemenau machte im Rahmen der Straßenbahndebatte den Vorschlag, im Winterfahrplan statt der Abfahrtsintervalle von 12 und 18 Minuten nunmehr 15 und 20 Minuten zu wählen, da es für den Fahrgast eine besondere Wissenschaft bedeute, sich den bisherigen Fahrplan zu merken. Der Oberbürgermeister bat die Straßenbahndirektion, die Abfahrtszeiten im Sinne des demokratischen Vorschlages zu überprüfen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam man überein, der Strompreiserhöhung im Hinblick auf die durch die Kohlenpreiserhöhung gebotene Zwangslage zuzustimmen. —b—

Aus dem Polizeibericht

In der Dreikönigstraße wurde eine 62 Jahre alte Hausangestellte tot in ihrem Bett aufgefunden. Die Todesursache steht vorerst nicht fest. — Eine Mutter brachte ihren 21jährigen Sohn wegen körperlicher Mißhandlung, Bedrohung und Sachbeschädigung zur Anzeige. — Dem Angestellten einer hiesigen Klinik ist aus der Rocktasche die Brieftasche mit 350—DM gestohlen worden. — In einem Wollwergeschäft wurde ein Geldbeutel mit 85 bis 90 DM und 67 Textilkupons entwendet. — Aus einer Baracke am Karlsplatz verschwand eine Brieftasche mit 160 DM Inhalt.

Von Woche zu Woche

Muß das sein? Die Landbevölkerung ist bei ihrer Arbeit auf dem Felde bekanntlich sehr vom Wetter abhängig. Gerade bei unbeständiger Witterung und hier besonders bei der Ohnudernte muß der Landmann jede Stunde Sonnenschein ausnützen, um ein gutes Erntergebnis zu erreichen. So wird er oft über Erwarten lang auf den Wiesen aufgehalten und nicht selten weit draußen von seinem Hof von der Nacht überrascht. Dann ist der Bauer froh, wenn er durch die Fahrt auf einem, manchmal auch noch so klapprigen, Stahlroll seinen Heimweg verkürzen kann. Nicht immer ist allerdings seine Beleuchtung intakt. So kann es mitunter vorkommen, daß er bei seiner nächtlichen Heimfahrt unliebsame Überraschungen erlebt, wie es kürzlich einem Bauer im Landkreis Freiburg geschah. Mit dem Rochen auf der Schulter stand er neben seinem Vehikel, dessen Beleuchtung den Anordnungen nicht entsprach, und werwegen er längere Ermahnungen von der Straßentafel über sich ergehen lassen mußte. Wenn wir auch durchaus nicht die Gefahren verlohnen, die einem Radfahrer mit schlechter oder ungenügender Beleuchtung auf einer stark verkehrsreichen, nächtlichen Landstraße drohen, so scheint es uns doch notwendig, daß man bei derartigen Kontrollen nicht übertreiben sollte. Der Bauer arbeitet ja nicht zu seinem Vergnügen bis spät in die Nacht hinein auf seinen Feldern, sondern er bemüht sich, zum Nutzen aller, einen möglichst großen Ertrag von seinen Wiesen und Äckern zu erzielen. Und deshalb wollten wir darauf hinweisen, daß hier etwas mehr Einsicht in die gebotenen Umstände am Platz wäre. h. m.

Birute Vaitkunaite tanzte

An der jungen litauischen Tänzerin überraschte eine spürbare tänzerische Gestaltungsfreude, die von nicht sehr zahlreichen, aber sehr fein differenzierten und ständig verwandelten Bewegungsmotiven ausgehend, sich ganz im typischen Ausdruckstanz ausdrückt. Ihre gut angelegte Technik wird dazu durch einen künstlerischen Geschmack im persönlichen Tänzerlebnis so weit gebunden, daß ihr keinerlei unästhetische Härten oder unbegründete Exaltationen unterlaufen. Daß in einigen Stücken das rein tänzerische von Pantomimischen vollständig verdrängt wird wie beispielsweise im „Bettler“ — zu dem bedauerlicherweise ein Gedicht von Rilke erhalten mußte, das auch noch im Programm abgedruckt war (!) — vermochte nicht den Eindruck einer Tanzbegabung zu beeinträchtigen, die eine originelle, von dezentem Gebärden- und Mienenspiel getragene Eigenart verrät. Es spricht außerdem für die Tänzerin, daß sie kostümlich auf große Aufmerksamkeit verzichten konnte und trotzdem die „Gavotte“ (Correlli) und das „Menuett“ (Bach) mit einer plastischen und graziösen Anschaulichkeit tänzerisch umzusetzen wußte. Und selbst in einem so abstrakten Tanzgenre wie es die „Nationaltänze“ sind, brauchte sie bei den üblichen schablonenhaften Tanzmotiven (Mazurka, Polka, Czardas) keine Anleihe zu machen und drückte sich in eigener tänzerischer Bewegungssprache aus. Den musikalisch-rhythmischen Rahmen formte Eugen Siebold am Flügel mit sehr präziser und keineswegs trockener Hand. n.

Bereitschaftsdienst der Aerzte

Sonntag, den 3. Oktober:
Dr. Grüfte, Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Schwabentorplatz 6;
Dr. Hugelmann, prakt. Arzt, Freiburg-Haslach, Fichtestraße 27, Tel. 2983; Frau Dr. Ihm, prakt. Ärztin, Wilhelm-Dürer-Straße 29, Tel. 2697.

Was bietet Freiburg?

Samstag, den 2. Oktober:
Städtische Bühnen, Casino: „Der Vogelhändler“ — Kammeroper: „Die sieben Töchter“ — Universitäts-Orchester: „Die Flieger“ (Inland: Tiefenbrunn).

Sonntag, den 3. Oktober:
Städtische Bühnen, Casino: „Im Don Juan“ (Städtisches Orchester) — Kammeroper: „Das Teufels General“ — Festspieltheater: „Opelucht“.

Täglich:
Lichtspiele, Casino: „Alles Lüge“ — Friedhofstheater: „Die im Schatten“ — Harmonie, Narxos, die unbewußte Flage“ — Union: „Geliebte Welt“.
Angewandte Kunst: Kirche Gewänder und Johann Christian Weitzinger — Festsaal: Französische Architektur Ausstellung.

Studio Freiburg sendet

Sonntag, den 2. Oktober:
8.15: Nachrichten — Morgenmusik, 8.30: Sueddienst, 11.45: Nachrichten aus Baden n. Württemberg, 12.15: Mittagskonzert, angeleitet vom Freiburger Rundfunkorchester unter Leitung von Franz Handl, 12.45: Die Sendung für die badische Regierung, 18.45: Baden Unterhaltung zum Samstagabend, 19.30: Die Glocken von Tetzang i. Wiltg. klingen den Sonntag ein.

Sonntag, den 3. Oktober:
8.45: Musik zum Sonntagmorgen, Kyrie aus der Messe in B-moll von J. S. Bach mit dem Freiburger Barockor, Leitung Theo Egel, 8.45: Religiöse Musik, 9.00: Evangelische Morgenfeier, es spricht Pastor Bernhard Kiblerwein, Freiburg, 10.15: Katholische Morgenfeier, es spricht Univ.-Prof. Dr. Bernhard Weller, 10.45: Nachrichten aus der christlichen Welt, 12.45: Eisenkonzert, Vortrag von Peter Diego Gitta, 19.15: Aus der schwäbischen Heimat, 19.30: Sport zwischen Rhein, Neckar und Bodensee.

Montag, den 4. Oktober:
8.15: Nachrichten — Morgenmusik, 8.30: Sueddienst, 11.45: Die Vierstunde für Württemberg-Hohenlohe, 12.45: Der Montagskonzert für Baden und Württemberg, 13.30: Sueddienst, 14.30: Märchen Kreis der Leutk. Beitrag von Erika Ullig, 14.55: Musikalische Miniaturen, 19.30: Sportkonzert, 23.15: 650 Jahre Tetzang in schwäbischer Altgä.

Lokaledaktion: L. V. Dr. G. Feber
Geschäftsstelle: Freiburg, Hildstr. 2a (Telefon 2392)

Ausstellung französischer Parfums in Lindau

Die Nase als Handwerkzeug — „Nachläufer-Parfüm“ — 450 000 Kilo Orangenblüten

Man glaubt Herrn Rothemann aus Innsbruck gerne, daß die Nase das einzige Handwerkzeug des Parfümeurs ist. Exemplum docet. Sein Beispiel lehrt aber auch noch etwas anderes: daß nämlich trotz der dreißigjährigen, vornehmlich in Frankreich gewonnenen Erfahrung des alten Duftstoff-Lachmanns, der sich in den exklusivsten Dörsen Europas und ihrer Herstellung mit schätzwandlertlicher Sicherheit auskennt, das „riechende Handwerkzeug“ durch „inneres Einreiben“ mit Beaujolais und anderen Burgundergewächsen den freundlichen Farbton annimmt, der das Leben genossen zu haben bescheinigt. Oder sollte die Färbung doch von den Duftspitzen exquisiter Parfüms kommen?

Herr Rothemann assistierte an den Ufern des Bodensees während der Bregenzer Festwochen Monsieur Huet, dem Chef der Abteilung Information in Innsbruck, bei seiner glänzenden Revue französischer Parfüms, die gegenwärtig zum erstenmal in Deutschland während der Lindauer Herbstwochen zu sehen ist und nicht aus Reklamegründen — leider gibt es nichts zu kaufen — sondern aus Freude an der schönen, wohlduftenden Sache aufgebaut worden ist. Diese Galerie erlebener Parfüms im Kolonnenhaus erinnert den Freund edler Wohlgerüche an das sauberste Paris, wo es „am französischesten“ ist. An die berühmten Straßen Rue Royale, Rue de la Paix, Champs Elysées, Avenue Matignon usw. mit ebenso berühmten Parfümeuren, die oft genug zugleich wohlbekannte Modeschöpfer sind wie Schiaparelli, Lucien Lelong, Marcel Rochas und andere.

Der Historiker freut sich erzählen zu können, daß die großen Parfümfabriken Frankreichs, Houbigant, Plassard, Millot usw., seit 1775, 1815 und 1835 bestehen, daß das duftende Gewerbe in Frankreich 1190 durch königliches Dekret den Zunftbrief erhielt, daß der jüngere Plinius schon den Duft der Rose besang und daß Gemische von Duftstoffen bereits in den Pyramiden der II. Dynastie Ägyptens im 5. Jahrtausend vor Christi entdeckt worden sind. Der Techniker — es ist fast prüfend, den Duftstoff-Kompositoren so zu bezeichnen — runzelt beim Namen Houbigant die Stirne. Er weiß ja, daß das herausschneidende „Quelques Fleurs“ dieser Firma im Laufe des Krieges seinen an ein neues Blumenbukett erinnernden Duft als Folge der Luftangriffe auf Leipzig hat ändern müssen. Houbigant hat von der Leipziger Fabrik Helu & Co. gewisse Grundstoffe bezogen, die von den Franzosen als Fliederduft in die „Quelques Fleurs“ einkomponiert worden sind. Flieder ist der einzige Duft, den man aus den Blüten nicht extrahieren kann, der also synthetisch zubereitet wer-

den muß; und diesen Duft im Bukett der „Quelques Fleurs“ liefert heute Givaudan in Genf, ebenso süß, aber mit anderem Charakter, so daß gewiegte Parfümeure ohne weiteres Vor- und Nachkriegs-„Quelques Fleurs“ unterscheiden können. Sind sie gar Experten, können sie bei verbundenen Augen allein mit der Nase, ihrem einzigen, aber wertvollen Handwerkzeug, 7000 Wohlgerüche bestimmen.

Dem Raffinement französischer Duftkompositionen ist keine andere Industrie der Welt gewachsen, wenn auch die Vereinigten Staaten sich stark aufzuholen bemühen. Das liegt einmal an der von altersher vererbten Methodik des Parfümeurs, eines Berufes, in dem man viel, viel Zeit haben muß, um die einzelnen Tinkturen reifen zu lassen wie die Blume eines edlen Weines; zum anderen an der klimatisch und geologisch einzigartigen Beschaffenheit des Blumenstädtchens Grasse bei Nizza, in dem sich 4500 Produzenten mit der Gewinnung von Essenzen und Extrakten aus Blüten, Knospen, Blättern, Rinden, Herzen, Höhern und Wurzeln befassen. Durchschnittlich trägt ein Orangenbaum acht Kilogramm Blüten, denen man acht Gramm des kostbaren Neroli-Oels extrahiert, das für alle feineren Parfüms und für Eau de Cologne unentbehrlich ist. 450 000 Kilo Orangenblüten wurden vor dem Kriege jährlich auf den Feldern von Grasse geerntet, ebenfalls 40 000 Kilo Jasminblüten, die einem hochwertigen, modernen Parfüm jene undefinierbare, köstliche Duftnote geben, ohne die keine Harmonie bezaubernder Duftkompositionen erreicht werden kann. Durch Öle und Fette, besser noch durch flüchtige, organische Lösungsmittel werden die feinen ätherischen Öle den Blüten entzogen. Es ist daher verständlich, daß ein gutes Parfüm nicht billig sein kann, besonders wenn man in Betracht zieht, daß beispielsweise fünf Tonnen Rosenblütenblätter nur ein Kilo Rosenöl ergeben.

Der amerikanische Parfümeur Maurice Talmage in Chicago behauptet, daß in den USA 1000 französische und 3000 amerikanische Parfüms angeboten werden, deren Preisliste sich zwischen 50 Cents und 400 Dollar für 50 Gramm bewegt; er behauptet auch, daß er vergebens versucht hat, ein Parfüm herzustellen, bei dessen Geruch sich ein Mann sofort in die duftende Frau verliebt. Hier sind die Franzosen weiter. Auf dem Gebiet der Kosmetik, die viel mit Chemie und Maschinen arbeitet, wurden sie zwar von Deutschen und Amerikanern überholt. Die duftende Essenz beherrschen sie aber noch restlos und ihnen ist es gelungen, ein „Nachläufer-Parfüm“ zu schaffen, das die Männer zwar nicht werde zwingt, aber doch

sehr stark anregt, sich „zu verlieben“. Diese Parfüms, die übrigens keine Dame nehmen wird, die jedoch in Kreisen eleganter Demimonde stark gefragt sind, haben überische Sexualsekrete als Grundstoffe, Moschus, Zibeth usw., die als Extrakte äußerst widerlich riechen, in feinen Dosen dagegen angenehm riechen und eine erregende Wirkung ausüben. Es sind schwül-balsamische Parfüms mit besonders eindringlichen Duftspitzen. Man hat hier also der Natur einen Kniff abgesehen, der auf das andere Geschlecht den gleichen Einfluß ausübt, wie die besonders farbenprächtige Tönung von Gefieder und Haut bei Vögeln, Reptilien und Fischen.

Daß Behälter und Verpackung der erlesenen, duftenden Gemische dem Inhalt der Flaschen entsprechen, versteht sich, denn es

handelt sich ja nicht um Limonade. Nur Chanel kann es sich leisten, schlicht und ohne Verpackung zu offerieren. Sein „No. 5“ mit dem verflüchtigten Duft der finnischen Landschaft besteht seit 25 Jahren — ein absoluter Rekord. Chanel sind die einzigen Parfüms, die zu kopieren bisher noch niemand gelang. Sie sprechen für sich und haben die traumhaft schönen Glasgefäße anderer Marken nicht nötig.

In ganz Frankreich arbeiten nur 31 000 Personen an der Herstellung von Parfüm. Sie konnten 1947 bereits wieder 14 Milliarden Francs, also weit über die Hälfte der 2 Milliarden von 1939 umsetzen, und sie werden das auch weiterhin tun, denn das Parfüm ist ein Kulturfaktor, der noch lange die Domäne Frankreichs bleiben wird.

Walter Ott

Umschau in Südwestdeutschland

Kaiserslautern. Der zu Besuch in der Ortschaft Siegelbach, Kreis Kaiserslautern, weilende 27jährige Herbert Fritz aus Mannheim wurde mit einem Herzstich tot aufgefunden. Es handelt sich um einen Mord, dessen nähere Umstände noch ungeklärt sind. Zwei der Tat dringend verdächtige Personen wurden verhaftet.

Frankenthal. Vor dem hiesigen Landgericht beginnt dieser Tage ein Prozeß gegen 49 Angeklagte, denen umfangreiche Eisenbahnbestände von Zucker zur Last gelegt werden. Man rechnet mit einer Prozeßdauer von einer Woche.

Frankenthal. Ein total Ausgebombter, der in Bad Dürkheim Unterkunft gefunden hatte, stahl seiner Herbergswirtin nach und nach wertvolle Kleidungsstücke und Wäsche sowie 1800 Liter Wein. Das Diebesgut tauschte er bei einem Bauern und einem Schuhmacher gegen Lebensmittel und Schuhe ein. Aus Gründen der Abschreckung sprach die Wirtschaftsstrafkammer gegen den Dieb eine Gefängnisstrafe von 7½ Monaten und gegen seine Abnehmer eine solche von 4 Monaten zur.

Speyer. Ein 15jähriger Schüler von hier, den die Filmleidenschaft gepackt hatte und der zu Hause einen Vorführungsapparat ohne Filme besaß, stahl kurzerhand aus dem Vorführungsraum eines Speyerer Kinos zweimal drei Rollen Spielfilme, um ihn die Kriminalpolizei ausfindig machen konnte. Bei den entwendeten Filmen handelte es sich um kulturelles Wochenschaumaterial.

Tettleng. Während des aus Anlaß der 650-Jahr-Feier der Stadt veranstalteten Festzuges ereignete sich ein Unfall. Beim Einsatz einer Musikkapelle scheute ein in der Germanengruppe an der Spitze des Zuges mitgeführter Ochse und rannte in die dichtgedrängte Zuschauermenge. Dabei wurden drei Personen schwer und 14 leicht verletzt.

Tübingen. Nach einer Mitteilung des südwürttembergischen Finanzministeriums sind auf Anordnung der Militärregierung Lebensgabenpakete mit sofortiger Wirkung stillgelegt.

Münsingen. Bei Aufräumungsarbeiten im hiesigen Zementwerk ereignete sich ein schwerer Unfall. Während des Legens von Sprengladungen in einem alten Ringofen wurden zwei Arbeiter von dem einstürzenden Bauwerk verschüttet. Der 47jährige Schießmeister konnte nur noch tot geborgen werden. Ein Zimmermeister wurde schwer verletzt.

Friedrichsruhen. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist der vor kurzem erlassene Befehl zur Demontage der Maybaum-Motorenwerke auf höhere Weisung gegenüber dem bisherigen Umfang wesentlich gemildert worden. Den Werken verbleiben nunmehr, wie es heißt, die notwendigsten Maschinen sowie die Fabrikeinrichtung. Außerdem ist die Genehmigung zur Ausführung der laufenden Aufträge erteilt worden. Wie erinnertlich, hatte die Stadtverwaltung Mitte August dieses Jahres im Anschluß an die seinerzeit angeordnete völlige Einstellung des Betriebes im Benehmen mit dem Kreisgewerkschaftskartell und den Angestellten der Firma Maybaum einen Plan zur Neugründung einer GmbH an Stelle der zur Demontage kommenden Motorenwerke ausgearbeitet und der Militärregierung unterbreitet. Damit sollte den teilweise langjährigen Angehörigen des Betriebes eine neue, wenn auch zunächst bescheidene Existenzgrundlage geboten werden.

Lindau. Der letzte Sonntag der „Lindauer Herbstwoche 1948“ brachte nochmals einen starken Zustrom von Fremden in die Inselstadt. Die Ausstellungen der Herbstwoche wurden innerhalb von 16 Tagen von über 42 000 Personen besucht.

AMTL. BEKANNTMACHUNGEN

Krankensprot-Umtausch
I. Allgemeiner Umtausch
Mittwoch, 3. 10. 1948. Anfangsbuchstaben der Namen: A, E, H, I, J, K, L, U.
Donnerstag, 4. 10. 1948. B, N, P, Q, R, S, W.
Freitag, 5. 10. 1948. D, G, R.
Samstag, 6. 10. 1948. K, M, Sch, V, X, Y.
Montag, 11. 10. 1948. F, C, O, T, Z.
II. Dringlichkeitsfälle
Sofortbegehren: Beendigung des Arztes, 100%iger Brochtausch.
Für I. Dekade: Donnerstag, 8. 10. 1948. Anfangsbuchstaben der Namen: A, E, H, J, I, U.
Für II. Dekade: Freitag, 11. 10. 1948. C, F, O, T, Z, Sch.
Samstag, 12. 10. 1948. B, N, P, Q, R, S, W, X.
Montag, 14. 10. 1948. D, G, L, R, W, St, M, K.
Für 2. u. 3. Dekade: Montag, 11. 10. 1948. Anfangsbuchstaben der Namen: A, E, H, J, I, U.
Dienstag, 12. 10. 1948. C, F, O, T, Z, Sch.
Mittwoch, 13. 10. 1948. B, N, P, Q, R, S, W, X.
Donnerstag, 14. 10. 1948. D, G, L, R, W, St, M, K.
Von 6. bis 16. Oktober 1948 ist die Amtl. Krankensprotführung für die Ausgabe von Krankensprot geschlossen.
mit Ausnahme von ganz besonders dringlichen, von den Ärzten beantragten Fällen.
Freiburg i. Br., den 27. 9. 1948 (2-479)
Ernährungsamt Freiburg-Stadt

Gastkammer
Herbstmarkt
Freiburg i. Br.
Wintermäntel 2-42
in Großauswahl:
69.-, 79.-, 89.-, 95.-,
98.-, 110.-, 112.-, 125.-,
150.-, 175.-, 195.-
Kinder Wintermäntel
29.-, 39.-, 59.-
Wollkleider
59.-, 69.-, 72.-, 79.-
Kostüme, Röcke, Blusen
Täglich geöffnet 8.30-12 und 14-18 Uhr
Samstags durchgehend 8.30-18 Uhr

Museum-Lichtspiele
Donauschlingen
Freitag, 1. 10. bis einschl. Donnerstag, 7. 10. 1948
Zugvögel
Ein deutscher Film voller Spannung mit Carl Nagdast, Lotte Koch, Fritz Wagner, Gerda Bötscher u. a. m.
Jugendfrei

Freiburg i. Br.
Hauptbahnhof - Gaststätte
Inhaber H. Reich (2-359)
Reelle Weine, gute Küche
ff. Biere, eig. Konditorei

Kurzfristig Lieferbar
HANOMAG
Ackerdrehpflug 20 u. 40 PS
Strohdrehpflug 20, 40, 100 PS
Lastanhänger 8 Töner
Gesamtervertretung 2-411
R. Bauer, Freiburg
Fritz-Geiges-Str. 45a 3 - Telefon 2549

GESCHAFTLICHES
Modeheute, 3 versch. 9.- DM und 1.- DM f. Porto und Nachn. A. Stuttgart. (18) Wiesbaden, Bühlstraße 3. (2-179)
Relaxende Locken durch mein unschädli. Lockenwasser. Jetzt wieder lieferbar. Fl. DM 3.50 u. Pto. 2 Fl. postfrei. 0510 Blocherer. (130) Augsburg 2/14. (2-441)
In aller Qualität wieder frei erhältlich
Feinwäsche „H&MA-Mild“
stark schäumend und reinigend, alkalifrei, deshalb wäschebeschonend. — Erhältlich in allen Fachgeschäften. (2-385)

2-429
Kennen Sie schon
Gaststätte Schwabenhaus?
früher Hotel und Weinstuben „Zur Linde“
Freiburg i. Br., Lessingstraße 14
INHABER: M. GYSE
Täglich geöffnet Sonntags geschlossen

Taylorlx
BUCHHALTUNG
mit Hand-Durchschrift für Finanz-, Lohn-, Gehalts-, Lager-, Anlagen- und Betriebsbuchführung in Jahrzehnten der Praxis vielfach bewährt.
Bezirksstelle Freiburg i. Br. Franz Leibl, Jahnstr. 14. (2-382)

Städt. Bühnen Freiburg
Casino:
2. 10. 48, 10 Uhr: Volkstheater:
Der Vogelkämpfer
Kammerspiele:
2. 10. 48, 19 Uhr: Der seidene Schuh
3. 10. 48, 19 Uhr: Des Teufels General

Einfamilienwohnhaus in Holzbauteil, Grundstücksgröße 7.60 x 8.50 m, frei zu verkaufen. Zuschriften erbeten unter Nr. 4817 L an „Das Neue Baden“, Lahr.
Krautstanden, Kübel, Obst-darren, Sester-Körbe
Malkoblenkerner, Rübenmesser, Stricke, Stränge, Sack-laden, Fruchtstiele u. -schalen, Getreide-, Mehl- u. Kartoffelsäcke, Handleiterwagen sofort lieferbar.
Gustav Neugart, Villingen
Postfach 111.
Post- u. Bahnverwand.

TIERMARKT
Zuchtviehversteigerung am 14. 10. 1948 in Haltingen, Kr. Lörrach, bei der Obstmarkthalle, Beginn: 11 Uhr. Sonderkörung am 12. 10. 1948, Beginn: 14 Uhr. Auftrieb: 65 Jungfaren und 18 weibliche Tiere. (2-446)
Ab Freitag stehen wieder großtrachtige Kühe und Kalbinnen zum Verkauf
Karl Lamparth, Viehhandlung Miersheim, Hauptstraße 11. (2-191)

HEIRATEN
Einheirat in gutes Unternehmen bietet Fabrikbestänze, jugendliche Person, einem gebildeten charaktervollen Herrn. Näheres unter Nr. 268 durch Briefbund Treubelt, Geschäftsstelle München M. Schiedlach 27. (2-114)

UNION THEATER Freiburg i. Br.
Bis Donnerstag! Brigitteorney — Willy Fritsch in
Geliebte Welt
Eine entzückende Liebesgeschichte mit Herw. Wangel, Else v. Möllendorff, Mady Rahl, Margarete Haagen. Jugendfrei!
Ab Freitag, den 8. 10. 1948
Die Lüge der Nina Petrovna
Ein Film aus der Wiener Vorkriegszeit mit Ita Miranda, Fernand Gravey.
Bis Donnerstag: 14.30, 17.30 und 19.30 Uhr. Freitag bis Sonntag: 14.15, 16.30, 18.45 u. 21.00 Uhr. — Vorverkauf ab 12 Uhr. (2-486)

HARMONIE Lichtspiele Freiburg i. Br.
Bis Donnerstag! Ausverkaufte Vorstellungen! Lachstürme über Reilly, der große Filmkomiker, in
NARZISS
der unfreiwillige Flieger
Die Geschichte von einem, der ausog, das Fliegen zu lernen. — In deutscher Sprache unter Mitwirkung bekannt. Freiburger Schauspieler.
Ab Freitag, den 8. 10. 1948
Sündige Engel
Ein Film aus dem Bereich eines franz. Dominikanerorden-Klosters.
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45 u. 21.00 (außer Donnerstags) (2-489)